

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlag: Einzelnummer 25 Pfg., Durch Abnahme 1,00 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Vertriebskonto Nr. 23 843 „Sozialistischer Verlag“, G. m. b. H., Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8827.

Sonntag, den 14. August 1921

Abbestellungspreis: Die 8 gespaltene Millimetergröße oder deren Raum 0,80 Mk. monatlich 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familiennachrichten, Verleumdungen und Verleumdungen 0,40 Mk. Werbung: Die Millimetergröße, 8 gespaltene oder deren Raum im Satz 4.- Mk.

Für die geschlossene proletarische Kampffront!

Vor Jahresfrist, im August 1920, war es, als die Regierung mit den brutalsten Machtmitteln den 10proz. Steuerabzug vom Arbeitslohn durchbrachte. Das deutsche Proletariat war vor eine Situation gestellt, in der es den einmütigen Kampf gegen diese unerhörte Verschlechterung seiner Lebenslage hätte aufnehmen müssen. Doch der Gewerkschaftsbürokratie war es gelungen, das deutsche Proletariat zu veruneinigen. Gegen die Kommunisten, die die Notwendigkeit des Kampfes betont haben, wurde eine schamlose Hezzen inszeniert, die Arbeiter wurden belogen und betrogen, indem man ihnen sagte, daß die direkte Lohnsteuer Ordnung in die Finanzen bringe und daß weitere ungerade indirekte Steuern in Zukunft vermieden würden. Weil die Arbeiterschaft den Klagen der Gewerkschaftsführer noch Glauben schenkte, kam es soweit, daß das württembergische Proletariat, das sich gegen den Steuerabzug zur Wehr gesetzt hatte und von der Reaktion durch Besetzung von Werken herausgefordert, einen achtstägigen Generalkrieg zu führen gezwungen war, von dem Unternehmertum und der Orgeschregierung niedergeschlagen werden konnte.

Seitdem setzte das Ausbeutertum seine Offensive ohne Unterbrechung fort, die Arbeiterschaft war gezwungen, zu kämpfen gegen den direkten Lohnabbau und gegen den Versuch, immer mehr Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses durchzudrücken. Das Unternehmertum versuchte ganz systematisch, einen Teil der Arbeiterschaft nach dem andern niederzuschlagen, und die Gewerkschaftsbürokratie trug ihr Möglichstes zum Siege der Unternehmer bei, dadurch, daß sie jeden größeren zentral geführten Kampf verhinderte.

Nach der Niederlage der mitteldeutschen Arbeiterschaft, scheinbar dem höchsten Triumph der Taktik des Unternehmertums, glaubte dieses, daß der schrankenlosen Ausbeutung nichts mehr im Wege stehe und daß es überall dem Proletariat seine Bedingungen diktiert könne.

Die Absicht der besitzenden Klasse, dem Proletariat eine Reihe neuer indirekter Steuern aufzubürden, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch Verteuerung aller Lebensmittel zu verschlechtern, ist nichts weiter als der Generalkrieg des Unternehmertums.

Wieder ist das gesamte Proletariat von einer ungeheuren Gefahr bedroht. Die neuen Lasten werden jede Arbeiterkategorie gleichermaßen treffen, alle Arbeiter sind von derselben Verteuerung bedroht. Das deutsche Proletariat steht vor einer Schicksalsstunde. Soll es auch diesmal nicht den Weg zum gemeinsamen Widerstand finden und in Tausenden von Einzelkämpfen dem Ausbeutertum unterliegen? Nein! Aus allen Ecken Deutschlands, von Arbeitern, die schwere Niederlagen hinter sich haben, von solchen, die im Kampfe stehen, und von Proletariern, die bis aufs Blut gereizt durch die Provokationen des Unternehmertums schon morgen gezwungen sein werden, in den Kampf zu treten, von allen kommt der

Ruf nach der proletarischen Einheitsfront.

All die Niederlagen des vergangenen Jahres dürfen nicht umsonst sein, die Tatsache, daß die kapitalistische Regierung allen ihren heuchlerischen Versprechungen zum Trotz mit neuen indirekten Steuern kommt, hat das Proletariat gelehrt, daß es durch kampfloses Nachgeben die Hauptgelüste, den Profitgier der Unternehmertums nur vergrößert. Die Arbeiterschaft wird sich dieses Mal weder durch Drohungen, noch läugerische Versprechungen von einem einheitlichen Vorgehen abhalten lassen. Immer größere Massen schließen sich zusammen zur Einheitsfront, Landarbeiter, Industriearbeiter, Angestellte, Eisenbahner und Beamte. Schon ist der ADGB genötigt, sich bereit zu erklären, die Führung des Kampfes zu übernehmen. Doch um die Gewerkschaftsbürokratie zu zwingen, ihren Worten Taten folgen zu lassen, ist es nötig, daß überall dort, wo es noch nicht geschehen ist, die Arbeitenden sich zusammenschließen und gemeinsam den Ruf nach der Einigung erheben. Die Front aller Arbeitenden ist im Werden.

Ein Betriebsratkongress für Oberschlesien.

Die Unternehmerorganisation der Bergwerks- und Hüttenindustrie Oberschlesiens hat auf die Forderungen der Vertreter der Gewerkschaften mit einem brutalen Nein geantwortet. Da die Erhöhung der Kohlenpreise eine Verteuerung sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nach sich gezogen hat, hatten die durch die nationalstifischen Kämpfe schwer geschädigten Arbeiter gefordert:

- Allgemeine Erhöhung der Löhne;
- Anerkennung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte zur Verhinderung der willkürlichen Betriebs-einschränkungen und Stilllegungen;

Wiedereinstellung aller infolge der nationalstifischen Wirren Gemahrgestellten; Zurücknahme der Lohnkürzungen und der Urlaubsbeschränkungen.

Da die Unternehmer unter den nichtsagendsten Gründen sämtliche Forderungen ablehnen und die Gewerkschaftsbürokratie in ihrer Untätigkeit verharrt, herrscht ungeheure Erregung in der ober-schlesischen Arbeiterschaft. Sie drängt zum sofortigen Kampf! Aus allen Schichten des Proletariats wird der Ruf nach Einberufung eines Betriebsratkongresses für Oberschlesien erhoben, der die Abwehraktion des ober-schlesischen Proletariats organisieren soll.

Forderung eines Betriebsratkongresses für Württemberg und das Reich.

Eine stark besuchte Versammlung von Betriebsräten aller Parteien in Stuttgart beschäftigte sich am 11. August mit den kommenden indirekten Steuern und der unerträglichen Verteuerung aller Lebensmittel. Einmütig wurde eine sofortige Abwehraktion der gesamten Arbeiterschaft verlangt und folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammelten fordern den Vorstand des ADGB auf, unverzüglich über das ganze Reich sich erstreckende Kampfmaßnahmen vorzubereiten, um der ungeheuren Verteuerung ernsthaft entgegen zu treten.

1. Sofortige Erfüllung der 10 Punkte des ADGB mit allen den Gewerkschaften zu Gebote stehenden Machtmitteln.
2. Einleitung einer einheitlichen Lohnbewegung über das ganze Reich mit der Forderung einer mindestens 50-prozentigen Lohnerrhöhung.
3. Sofortige Einberufung eines Betriebsratkongresses für Württemberg und das ganze Reich.

Sollte der ADGB ablehnen, wirklich ernsthafte Maßnahmen gegen die Verteuerung zu treffen, so sieht sich die Arbeiterschaft gezwungen, selbst die nötigen Maßnahmen zur Einleitung eines einheitlichen Kampfes zu treffen, um die Arbeiter vor der völligen Verteuerung zu schützen.

Die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter werden ebenfalls aufgefordert, gemeinsam mit uns den entschiedenen Kampf gegen die neue Verteuerung aufzunehmen und die Gewerkschaftsleitungen zur Einleitung eines einheitlichen Kampfes auf der ganzen Linie zu zwingen.

Gespannte Situation auf den Werften.

Die Direktion der A. G. „Weser“, Bremen, hatte dem Arbeiterrat am 22. Juni einen Anschlagentwurf übermittelt, welcher durch den Arbeiterrat in den Arbeiterzeitungen veröffentlicht worden ist. Derselbe besagt, daß die Einführung von Stechuhren, Abbau der Akkordpreise, überhaupt eine schärfere Ausbeutung der Arbeiter notwendig ist, um das Werk wieder „konkurrenzfähig“ zu machen.

Kollege Söcker gab in einer gutbesuchten Werftarbeiter-versammlung in der Skantine einen Situationsbericht. Er führte aus, daß die Offensive der Werftbesitzer immer schlechtere Folgen für die Arbeiter hat. Am 21. August ist in Hamburg eine Werftarbeiterkonferenz einberufen worden, auf Drängen der Stettiner Betriebsräte, welche aus Mehrheits-sozialisten und Unabhängigen bestehen, ein Beweis, daß auch in deren Reihen die Notwendigkeit einheitlicher Abwehrmaßnahmen gegen Lohnabbau und Entlassungen erkannt wird.

Auch die Beamten in der Kampffront.

Nachdem die großen Eisenbahnerorganisationen sich zu gemeinsamen Vorgehen angeschlossen haben, um die Löhne und Gehälter der Verteuerung anzupassen, folgen nunmehr die Reichsbeamten und Arbeiter ihrem Beispiel. Am 3. August fand auf Einladung des Deutschen Beamtenbundes eine Konferenz statt, an der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsringes und des Deutschen Beamtenbundes teilnahmen. Man kam dort zu der Ueberzeugung, daß es notwendig sei, Grundlagen für gemeinsame Forderungen und für ein einheitliches Vorgehen in den wichtigsten gegenwärtigen Fragen der Anpassung der Gehälter sowohl an die gegenwärtigen Preise als auch die kommenden Steuern zu schaffen. Die einzelnen Spitzenorganisationen werden sich nunmehr mit dieser Frage beschäftigen und dann zu einer gemeinsamen Beratung zwecks Aufstellung eines gemeinschaftlichen Programms zusammenkommen.

Die gemeinsame Aktion der Solinger Arbeiterschaft.

In überfüllter Versammlung nahm die Solinger Arbeiterschaft Stellung zu den Forderungen des ADGB, zur Brotverteuerung und zu den bevorstehenden neuen unerhörten Steuerlasten. Es sprachen Charpentier von der SAPD, Dieb von der SPD, und Sauerbrey von der USPD.

Nach kurzer Aussprache und nach Schlussworten der Referenten wurde folgende aus der Versammlung vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt:

Die ungeheure Brotverteuerung, die den Agrariern ein Geschenk von mehreren Milliarden in den Schoß wirft, und der unerhörte Steuerabzug, unter dem das Proletariat in Zukunft seufzen soll, bedeuten Elend, Siechtum, Tod für das

arbeitende Volk. Trotz aller Neben des Ministers Birth und der bürgerlichen Kreise, von der Notwendigkeit der Einschränkung aller Bevölkerungsschichten bleibt die einzige Gewißheit, daß die Arbeiterklasse, die Trägerin aller Kultur, unter den durch enorme Preissteigerung aller Bedarfsgegenstände und Lebensmittel sowie Steuern geschaffenen Lebensbedingungen nicht leben kann. Die parlamentarischen Mittel, soweit die 10 Punkte des ADGB in Frage kommen, sind erschöpft.

Die Versammlung sieht in dem ADGB das Organ, welches in diesem Augenblick den Kampf um das Leben der Arbeiter aufzunehmen und durchzuführen hat.

Die mitteldeutschen Arbeiter kampfbereit.

Nach einem Referat über die neuen Steuerlasten haben die Arbeiter des Kupferwerkes Trotha folgende Resolution einstimmig gefaßt:

„Die Belegschaft des „Kupferwerkes Trotha“, Halle, fordert vom Ortsausschuß des ADGB, daß sofort in Halle im Gewerkschaftskartell zu der neuen steuerlichen Belastung und zur Verteuerung der Lebensmittel Stellung genommen wird. Nur durch gemeinsame Abwehr durch die gesamte Arbeiterschaft kann diesem Bestreben der weiteren Verteuerung der Arbeiterklasse entgegengetreten werden.“

Weiter fordert sie vom ADGB, daß die Leitung der Deutschen Gewerkschaften die Masse der 8 Millionen Gewerkschaftsmitglieder aufruft, und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf gegen den Steuerabzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung aufnimmt.“

Anwachsen der Lohnkämpfe im Reich.

Die Welle der Lohnbewegungen ist im unaufhaltbaren Aufstiege begriffen.

Der Landarbeiterstreik in Dithmarschen breitet sich weiter aus. In Westenburg hat der Streik ungeheuer an Ausbreitung zugenommen. Ueber 150 Güter stehen im Streik. Die Streikleitung hat einen „Offenen Brief“ mit der Aufforderung um Hilfeleistung an den DGB, an den ADGB, und an die politischen Parteien gerichtet. Bislang hat nur die SPD geantwortet, daß sie mit allen Mitteln die Kämpfenden unterstützen will.

Die Buchdrucker streiken in Köln, Mainz, Worms, Wiesbaden, Ingelheim, Biebrich und in den übrigen kleineren Orten des Rheingaus.

Die Straßenbahner von Düsseldorf haben den Tarif gekündigt und beschlossen, den Kampf für die Erringung höherer Löhne aufzunehmen. In einer Konferenz in Essen haben die Straßenbahner des ganzen rheinisch-westfälischen Bezirks beschlossen, in derselben Weise vorzugehen.

In Krefeld sind die Straßenbahner in den Ausstand getreten, da den Arbeitern ihre Lohnforderungen von 30 Pf. Zuschlag auf den Stundenlohn und 1 M. Zulage pro Stunde abgelehnt worden sind. Der Streikbeschluss wurde einstimmig gefaßt; seit Sonntag ruht der Straßenbahnbetrieb vollkommen.

In Kreuznach haben die Unternehmer sämtliche Metallarbeiter ausgesperrt, da die Ausständigen einer Firma die Arbeit nicht bedingungslos wieder aufnahmen.

In Chemnitz haben sich die Angestellten der Metallindustrie den streikenden Metallarbeitern angeschlossen.

In Braunschweig sind die Metallarbeiter weiterhin ausgesperrt. Die übrige Arbeiterschaft wird in den Solidaritätsstreik eintreten, wenn das Unternehmertum die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt.

Die Bergarbeiter in Zellerfeld am Harz haben Lohnforderungen gestellt und stehen vor dem Streik.

Vom Streik in der Harburger Metallindustrie wird uns berichtet, daß sämtliche Arbeiter in den Thorschen vereinigten Oelfabriken und den Oelwerken in Harburg und Wilhelmshagen in den Streik getreten sind, weil ihre Forderungen einer 25-prozentigen Erhöhung der Verteuerungszulage abgelehnt wurden. Unter den Arbeitern herrscht große Erregung, die namentlich vor dem Geschäftslokale des sozialdemokratischen „Volkblattes“ laute Formen annahm. Der sich immer noch ausbreitende Streik umfaßt bis jetzt 10.000 Arbeiter. Der Streikbeschluss wurde mit 1134 gegen 103 Stimmen gefaßt.

In München haben angefaßt der bevorstehenden Verteuerung der Lebenshaltung Lohnbewegungen begonnen. Die Bauarbeiter sind in den Streik getreten.

In Nürnberg haben die Unternehmer die Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter beschlossen.

In München-Grubbad sind die kaufmännischen Angestellten in den Streik getreten.

Die Textilarbeiter der Raumgarndspinnerei Bernshausen stehen im Streik.

In Bremen streiken die Hafenarbeiter. Die Belegschaften von zwei großen Oelfabriken haben ebenfalls die Arbeit niedergelegt, die Gesamtzahl der Streikenden beläuft sich auf 3000 bis 4000 Arbeiter. Die Werften stehen unmittelbar vor dem Streik.

Die Streikwelle steigt, je empfindlicher sich die Folgen des Anstiehs aller Preise fühlbar macht. Es ist höchste Zeit, daß alle diese isolierten Kämpfe zusammengefaßt werden zu einer großen, unüberwindlichen Bewegung.

Zur Tagung des Obersten Rates.

Stillstand der Pariser Verhandlungen.

Die Aussöhnung der Gegenstände in Paris hat gestern einen Höhepunkt erreicht. Die englische Abordnung drohte abzureisen; die französische Regierung und ihre Presse erklärten: lieber resultatlos auseinandergehen, als eine Lösung annehmen, für die man die Verantwortung nicht tragen kann. Dies, nachdem man schon das Kompromiß gefunden war, nachdem Lloyd George von seinem mit Empfasse vorgebrachten „Rechtsstandpunkt“ wieder umgefallen war und die schroffe englische Parole der Unteilbarkeit des Industriegebietes aufgegeben hatte, nachdem auch Briand und seine Sachverständigen ihrerseits bittere Zugeständnisse hatten machen müssen.

Und der Pariser Alarm zog auch schon den Berliner Alarm nach sich. Wirth hat den Reichstagspräsidenten Lobe und den Führer der Deutschen Volkspartei, Stresemann, telegraphisch zu sich gerufen, was trotz aller Beruhigungserklärungen nur heißen kann: Reichskanzler Wirth droht mit seinem Rücktritt.

Noch ist er freilich der Bourgeoisie nicht verloren. Noch einmal wird man in Paris das rettende Kompromiß zu finden suchen. Dieses Meisterstück von Kompromiß, das gleichzeitig den Regierungen Wirth und Briand das Leben erhalten, gleichzeitig Poincaré und Stresemann und die Korfant-Leute erdrosseln, gleichzeitig die französisch-polnischen Wünsche und den englischen Imperialismus befriedigen soll. Und doch wird die Entente um jeden Preis versuchen, dieses Kunststück fertig zu bringen, weil ein offener Bruch in Paris die Grundlagen ihrer Existenz als Hüterin der internationalen Weltordnung der Bourgeoisie aufs schwerste erschüttern müßte. Man darf daher die Abreise von Lloyd George nicht als bare Münze nehmen, sondern nur als allerdings schweres Geschäft, das die Stellung der Gegenseite zermürben soll. Erst hieß es, Lloyd George und sein Außenminister Curzon werden auf der Stelle Paris verlassen („weil die irische Frage ihre Anwesenheit in England nötig machte“), dann sollte Lloyd George allein fahren, jetzt heißt es schon, er habe erklärt, er würde bis Sonnabend vormittag ausbleiben, sei aber der Verhandlungen schon „müde“.

Diese Müdigkeit ist sehr verständlich. Die französische Stellung war zu Beginn der Konferenz die denkbar ungünstigste. Durch die türkischen Niederlagen im nahen Orient hat sich dort die Lage nach französischen Meldungen, denen man glauben schenken darf, weil sie von englischen Berichten nicht demontiert worden sind, für die griechische Armee, die Basillarmee Englands, ungünstig gewendet. Jetzt erkärte der türkische Widerstand, soll sogar größere Erfolge zu verzeichnen haben. Jeder neue Tag kann die Lage für England noch verschlimmern. Und wenn der Neutralitätsbeschluß des Obersten Rates zur Orientfrage schon ein englisches Zugeständnis war, mit welchem es seine Forderungen in Oberschlesien leichter durchzusetzen versuchen könnte, so kann ihm dieses Übergewicht in den nächsten Tagen leicht verlorengehen. Es kann leicht der umgekehrte Zustand eintreten, der bisher in französisch-englischen Schach der gewöhnliche war, wo Frankreich für Zugeständnisse im Orient in Europa freie Hand erhielt. Von einer weiteren Verschleppung in Paris können nur die Franzosen profitieren, und das Drängen Lloyd Georges, der schon, wie aus den Berichten hervorgeht, soweit gegangen war, wichtige Teile des Industrie- und Handelsgebietes in Oberschlesien, dem schnellen Ausweg zuliebe zu opfern, wird verständlich: verständlich auch der nun erklärte französische Widerstand, der diesmal zu größeren Konzessionen als jemals bereit gewesen, namentlich wieder einseitig mit der Vernichtung aller wirtschaftlichen, militärischen und finanziellen Verpflichtungen, die Frankreich bereits an Polen binden“, wie Briand es ausdrückte, als er sich gestern auf das französisch-polnische Geheimabkommen berief.

Wichtig wird immer deutlicher, daß die Engländer sich mit einer neuen Freundschaft zu Deutschland spielen: ein Vorstoß Curzons für die Aufhebung der militärischen Kontrollkommission in Deutschland gelegentlich der Luftschiffahrtdebatte, kann nicht anders gedeutet werden. Der Vorstoß, dem sich auch die Italiener angeschlossen, wurde zwar abgelehnt, weil Franzosen und Belgier sich sehr energisch für ihre Interessen einsetzten, aber er bleibt doch gemacht und ist ganz in der Linie der englischen Politik, die die deutsche Frage als Gerüst in Mittel- und Osteuropa benutzen will, der Politik, deren wahre Freundschaft Curzon illustrierte, als er erklärte, es gäbe zwei Methoden, eine auszusuchen, die eine, indem man aus ihrem Schmelzschmelz schmilzt, die andere, indem man sie melle. Er halte die letztere für die weitaus klügere, und mit ihm ist der ganze englische Kapitalismus, der mit der deutschen Bourgeoisie als Zerkleinerer die Welt der deutschen Wirtschaftskraft auszubrennen gedenkt.

Der in Paris zusammengekommene Schwab der Ententegegner durchläßt schwere Stunden. Während sich beim Schacher um das Schicksal die Gewaltigen selbst in die Haare geraten, sehen sie sich auch noch von den gegenständlichen Schächlern bedroht. Briand und Paris fürchten, daß mit Oberschlesien der deutschen Reaktion ein wichtiges Werkzeug verleiht, und dies, nicht nur die unmittelbaren Profitinteressen, sondern ihre Verurteilung aus äußerer Degradeation der unverbüßten polnischen Drohungen und die Angst vor neuen Reterritorien auf dem bitter nötigen Mittel- und osteuropäischen Abgabegeld der englische Bourgeoisie zum äußersten Widerstand. Und neben alledem gibt es immer Zweifel mehr darüber, daß die am unmittelbarsten betroffenen Leidtragenden, die oberösterreichischen Arbeiter, durch die Entscheidungen der letzten Zeit noch weiter aufgebracht, immer tiefer das Sejen und die Früchte der imperialistischen Verschwendung durchschauen und eine entscheidende revolutionäre Entwicklung durchmachen. Ein Renetrottel in den Konferenzen der imperialistischen Regierungen, die wohl Kommissare, aber keine wirkliche Lösung zu finden vermag, kommt die Nachricht von der dringenden Forderung der oberösterreichischen Arbeiter nach Entberufung des Betriebsratsvorsitzenden in Oberschlesien.

So zeigt der diplomatische Konflikt in Paris, selbst wenn er nur ein Zwischenstück der Konferenz bleiben sollte, wie im Brennpunkt die ganze Tiefe der imperialistischen Gegensätze an, die die kapitalistische Welt

nicht zu lösen vermag. Und die Forderung der oberösterreichischen Arbeiter zeigt im Kern den Weg, den die Arbeiterklasse gehen muß, um das kapitalistische Chaos und mit ihm die imperialistischen Gegensätze zu beseitigen: die selbständige Aktion der Arbeiter, die nur dem proletarischen Interesse folgt, wodurch sie zugleich den Weltfrieden und den kulturellen Fortschritt vertritt.

Abbruch der Verhandlungen? — Curzon bleibt.

Paris, 11. August.

Havas berichtet, daß Lloyd George genötigt sei, am Sonnabend in London zu sein, um mit seinen Ministertreuen über die irische Frage zu beraten. Nachrichten, die er im Laufe des Abends durch Flugzeuge aus London erhalten hat, sind, wie es scheint, nicht so alarmierend, daß die gesamte englische Delegation mit ihrem Chef abreisen müßte. Nach eingetragenen Erkundigungen erfährt man, daß Lord Curzon mit den Sachverständigen in Paris bleibt, und die Fortsetzung der Verhandlungen und die Erledigung der Tagesordnung sicherzustellen. Morgen vormittag, nach dem französischen Ministerrat, wird Briand vor Lloyd Georges Abreise noch eine Unterredung mit ihm haben.

Dragesch-Mobilmachung.

Das Schicksal Oberschlesiens ist noch nicht entschieden. Die Ententegegner können sich über ihre Weite nicht einig werden. Die deutschen Reaktionen benutzen diese Lage der Ungewißheit zu sicherhafter Rüstung, um auf neue zu einem Schläge auszuholen, wenn der Entschluß des Obersten Rates zugunsten des deutschen Kapitals ausfallen sollte.

Die Dragesch mobilisiert! In ganz Deutschland herrscht innerhalb ihrer Kreise lebhafteste Bewegung. Aus allen Bezirken laufen Meldungen ein über die Mobilisation, über den großen „Anschluß“, wie die Drageschmannen sagen.

Der Bezirk Breslau meldet: In den nächsten Tagen werden 4000 Jungmänner (Hafensicher) in der Gegend von Königsberg eintriften, um ausgedehnte militärische Übungen mit militärischer Ausrüstung abzuhalten. Der Übungsplatz ist nahe der tschechopolnischen Grenze, Übungsplatz ist der sogenannte Seidenberg. Königsberg selbst soll 400 Mann Einquartierung erhalten. Diese sogenannten Jungmänner sind oberösterreichische Drageschsoldaten. Sie wurden von Görlik gemeldet und ihr militärischer Charakter betont.

Der Bezirk Preßlau meldet bei allgemeinen Rüstungen der Reaktion folgende Einzelheiten:

In der Stadt Gostau fand eine Selbstschutzversammlung statt, in der erklärt wurde: In Kürze wird die Einwohnerwehr alarmiert werden. Sie hat sich dann selbstständig zu veranlassen, Ausrüstung und Lebensmittel zu beschaffen. Von dort aus soll die weitere Sammlung und Auffüllung der Formation auf dem Gute des Rittergutsbesitzers Jounier in Podwik erfolgen. Dort ist Waffenabgabe. Kompanieführer ist der Gutbesitzer in Podwik. Die Verammlung der Formationen finden in der ganzen Umgebung unter Hülfsweigerender Genehmigung der Kreisbehörden statt.

Der Bezirk Bielefeld meldet: Aus der Stadt Bielefeld wurde Schuss abtransportiert nach Oberschlesien.

Der Bezirk Halle-Merseburg berichtet: Durch den Bezirk Halle ist ein Transport Reichswehr, Infanterie, gegangen. Die Soldaten sagten zwar, sie sollen nach Rommern, aber ihr Transportziel ist Oberschlesien, wo sie gebraucht werden. Ihre Stimmung gegen die Polen war sehr erregt.

Der Bezirk Döhrenen berichtet: Es findet augenblicklich eine Uebung des Selbstschutzes in der Komitauer Heide statt. Die führenden Drageschleiter sprechen sich nehmen an den Reichswehrmanövern teil. Augenblicklich sind starke Teile der Reichswehr in Arns. Die gesamte Ost- und Nordgrenze Ostpreußens ist mit Munitionslagern überfüllt. So sind namentlich in der Gegend Reidenburgs 2 Dörfer vollkommen abgebrannt, weil sie derartig mit Munition überfüllt waren, daß die Feuerwehr wegen der darunter befindlichen Explosivstoffe die Löscharbeiten nicht vorzunehmen konnte.

Aus Ohrdruff - Thüringen wird gemeldet: Von den Truppen, die nach dem Versailles Vertrag vor den Augen der Entente verbarren werden, befinden sich zwei überzählige Bataillone, gleich 500 Mann vom Reichswehrregiment 17, Sauerberg, augenblicklich auf dem hiesigen Übungsplatz. Sie sollen Ende August nach Oberschlesien gehen.

Der Bezirk Hannover meldet: Am 1. 8. 21 kam durch GutsMuth ein Bataillon Inf. 5. Richtung Westfalen bei Friedland, darunter viele Kavallerie, mehrere davon tragen Militärmäntel. Ausrüstung: 3 Kartze Munition, Waffen. Die Artillerie, welche in GutsMuth garnisoniert ist, wurde verladen und ging in derselben Richtung ab.

Der Bezirk Mecklenburg meldet: Die Dragesch im ganzen Gebiet erwartet die Mobilmachungsbefehle. Auf allen Gütern liegen Selbstschutzmannen. Auf telegraphische bzw. telephonische Befehl: Pakete absenden“, haben sie sich in Truppen von 4 bis 5 Mann an ihre Sammelstellen in den größeren Städten zu begeben. Außerdem wird die Abhebung eines ganzen Bataillons vorbereitet. Erste Kompanie von Riel, erste Kompanie von Lübeck, erste Kompanie von Schwerin und erste Kompanie von Rostock werden in den nächsten Tagen nach Oberschlesien abgehen.

Der Bezirk Leipzig meldet: In einer Versammlung der Dragesch vom 7. 7. haben die Bezirksleiter den Auftrag erhalten, am Dienstag, den 2. 8., Ober auszurufen an 1000 Mann vertriebenem Gattungen. Am Mittwoch, den 3. 8., wäre erster Mobilmachungstag. Es handelt sich um Oberschlesien. Bei der letzten Aktion seien nur 1000 Mann in Oberschlesien gewesen, die heute noch teilweise in Westfalen sind, in Westfalen sollen sein. Der größte Teil ist im Mittel, während ein anderer Teil in Westfalen sind, die notwendigen Transporte begleiten wird. 1000 Mann werden als Stamm am Ort.

Die Dragesch bereitet eine Lösung des oberösterreichischen Konfliktes vor, die sich allerdings im Gegensatz zu den Plänen eines großen Teiles der deutschen Bourgeoisie befindet, die durch den „friedlichen“ Schacher mit der Entente den „Wiederaufbau“ des deutschen Kapitalismus zu bewerkstelligen hofft, und dessen Exponent das Kabinett Wirth ist. Aber wie der friedliche Schacher nur dazu dienen soll, her deutschen Bourgeoisie eine neue imperialistische Maßnahme zu verschaffen, so ist das Kabinett Wirth nur der Gejagte und der Schrittmacher der Dragesch. Wirth selber hat in Breslau erklärt, daß er von den internationalen Seite keine Gefahr sehe, und er jedoch wie der preussische Minister Dominikus haben bei jeder Gelegenheit den „heimatlichen“ Selbstschutzbewegungen ihren Dank ausgesprochen. Aber die Vorposten der Konterrvolution, die Drageschformationen und Selbstschutzhorden, die in den oberöste-

richen Meinentern nur eine Kampferprobung der Reaktion seien, wissen dem Kabinett Wirth für seine Sympathien wenig Dank, und der Sturz der schlappen „Judenregierung“ in Berlin ist eine ihrer wichtigsten Forderungen. Herr Wirth und seine Regierung sind längst gegenüber dem immer provozierenden werdenden Auftreten der bewaffneten Konterrvolution machtlos. Zur Wirthregierung gehört auch die Sozialdemokratie, die verschiedentlich den oberösterreichischen Selbstschutzorganisationen ihren Dank ausgesprochen hat.

Sie alle, die Regierungsparteien und ihre Beauftragten, die Wirth-Schiffer-Grabnauer, sind die Hauptschuldigen am Wiederkommen der Reaktion in Deutschland. Dafür wird ihnen die Konterrvolution in vielleicht nicht allzu langer Zeit den verdienten Fußtritt geben.

Die alldeutsche Lügenbrut.

Der Danziger Senat versucht mit allen Mitteln, den Kampf der Danziger Arbeiterschaft gegen ihre wirtschaftliche Verelendung in ein nationalistisches Wutschabenteuer zugunsten der Polen umzuwälzen. Die bürgerliche Presse leitet sich hierin bereitwillig Sekundantendienste. Die alldeutsche Presse aber fühlt sich in ihrem Element. Hier kann sie wieder einmal gemächlich ihr nationalistisches Gefühlsleben locken. Die „Deutsche Zeitung“ bringt zur Unterstützung ihrer Danziger Bundesgenossen folgende bezeichnende Lügenmeldung:

„Kommunisten und Polen im Dunde!“ Im Hinblick auf die Vorgänge im Danziger Stadtparlament macht sich unter den Kommunisten in Danzig eine lebhaft propagandistische Bemerkung, im Zusammenhang mit den Polen beim Oberkommissar des Völkerbundes, General Hovling, den Rücktritt Dr. Sahms und der Regierung zu fordern, andernfalls man einen Generalkrieg auszurufen würde.“

Der Zweck dieser infamen alldeutschen Stillübung ist klar und eindeutig. Es gilt, dem rechtsverbrecherischen Danziger Senat den Rücken zu steifen. Mit seiner verfassungswidrigen Sezanzziehung von deutscher Reichswehr und Schutzpolizei aus Königsberg und Marienburg zur Niederdrückung der Danziger Arbeiter hat der Senat gezeigt, was seines Kind er ist und welche geheime politische Aspirationen er verfolgt. Trotzdem hat das Senatsgesindel die Sitze, die Arbeiterführer zu beschuldigen, sie seien mit polnischem Gelde besetzt. Und dabei hat der Senat selbst eingestandenemachen mit einem Vertreter der polnischen Regierung getuschelt, angeblich, um deren Ansicht festzustellen. Also nicht die Kommunisten, wohl aber der Senat selbst hat insgeheim mit beiden ausländischen Regierungsinstanzen verhandelt. Er möchte gar zu gern aus Danzig ein zweites Oberschlesien machen. Und dazu ist ihm jedes Mittel, jede Schand- und Gewalttat recht. Und die urteillosen Selbsterlöbner und Selbengeisse unterstehen den ihnen geist- und wesensgleichen Danziger Verbrecherjungen dabei bereitwillig mit ihren erprobten Waffen der Lüge und Verleumdung. Weide, die alldeutschen Heher und ihre Danziger Spießgesellen, sind einander durchaus würdig.

Die deutschen Hungerlöhne retten den Profit.

Der Weltschiffahrt geht es schlecht. Die Entfesselung der kapitalistischen Produktionskräfte im Weltkrieg hat den Schiffsraum seit 1914 von rund 49 Millionen brutto Reg.-Tonnen auf rund 62 Millionen Br.-Reg.-Tonnen, angelegten lassen, also um 13 Millionen Tonnen hat der Schiffsraum in sieben Jahren zugenommen. Mit dem Wegfallen der Kriegsnachfrage ist dieser ungeheure Schiffsraum unvertwendbar geworden. Ueber 8 Millionen Tonnen liegen still. Die Frachten sind so niedrig, daß kaum die Preise der für den Betrieb der Schiffe erforderlichen Kohlen verdient werden. Millionen von Menschen entbehren in aller Welt der notwendigsten Existenzmittel. Sie können nicht herbeigeschafft werden, weil die Weltschiffahrtskrise den kapitalistischen Reedereien den Profit beschneidet hat.

Der deutschen Schiffahrt geht es gut. Sie verdient glänzend, während die großen Reederei der Entente-staaten Verlust auf Verlust häufen. So hat die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Neptun“ im Jahre 1920 einen Betriebsgewinn von 29,8 Millionen (gegen 8,6 Millionen 1919) bei einem Aktienkapital von 15 Millionen Mark erzielt; die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Argo“ einen Gewinn von 29,9 Millionen (6 Millionen Mark) bei einem Aktienkapital von 22 Millionen. Ähnlich sind die Gewinne der anderen deutschen Schiffahrtsgesellschaften. Sie alle übersteigen bei weitem das Aktienkapital.

Woher der Unterschied zwischen dem Darniederliegen der Schiffahrt in den imperialistischen „Siegerstaaten“ und ihrem Aufblühen in Deutschland, dessen Kapitalismus durch den Krieg den Todesstoß empfangen hat? Der „Berliner Börsen-Kurier“ Nr. 358 vom 3. August enthüllt das Geheimnis:

Diese Betriebsergebnisse konnten erzielt werden bei einem Frachtenmarkt, der zwar stetig im Niedergang begriffen war, indem die Frachttäge sich aber immerhin noch auf einer Höhe bewegten, die den deutschen Schiffen in Anbetracht ihrer dem Auslande gegenüber günstigeren Arbeitsbedingungen einen guten Verdienst ermöglichte.“

Diese günstigeren Arbeitsbedingungen der deutschen Schiffahrt, die dem Reedereikapital Buchergebinne in den Schoß werfen, das sind die Hungerlöhne der deutschen Arbeiter. „Nur die Arbeit kann uns retten!“ Der deutsche Kapitalismus hat dieses Wort zur schrecklichen Wahrheit für das Proletariat gemacht. Er rettet sich dadurch, daß er die Arbeiterklasse verhungern läßt. Er mäpft sich an ihrem Elend.

Die Erlämpfung einer menschenwürdigen Existenz für die Arbeiterklasse, das ist — so lehrt es uns die Betrachtung des „Börsenblattes“ — die Vernichtung des deutschen Kapitalismus.

Steigen der Weltmarktpreise.

Sanq. 8. August.

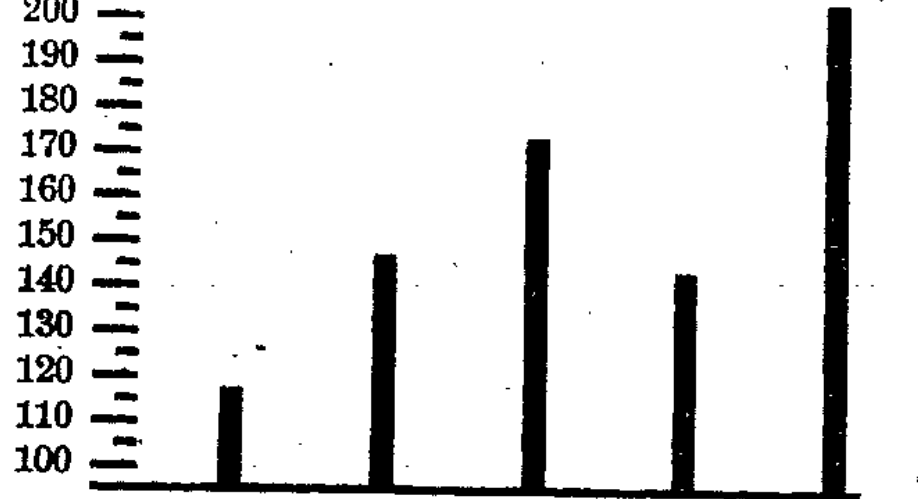
Wie die „Times“ aus New York melden, ist zum erstenmal seit dem Preissturz die Indexziffer der Vereinigten Staaten für sämtliche wichtigeren Engrospreise im letzten Monat gestiegen. Da die amerikanischen Preise Goldpreise sind, so hat das noch größere Bedeutung als die jetzt bestehende gleiche Bewegung in England, weil in der ganzen Welt durch die Salina eine Tendenz besteht, die Preisbildung der amerikanischen anzupassen.

Verteuerung der proletarischen Lebenshaltung.

Nun ist auch die amtliche Verteuerungszahl mit 203 und nach von 880 im Mai auf 836 im Juni gestiegen. Es ist ihr nichtlich schwer gefallen. Aber nachdem die privatstatistischen Erhebungen über den Stand der Verteuerung übereinstimmend ein starkes Anzeichen der Lebensmittelpreise mittelsten, konnte die amtliche Verteuerungszahl nicht länger ganz stehen bleiben, wenn sie auch nach wie vor erheblich hinter der privatkapitalistischen zurückbleibt! Ob nun amtlich oder privat, falsch oder richtig — auf jeden Fall hat sich die Lebenshaltung des Proletariats verschlechtert, wie dies jeder auch ohne statistische Erkenntnisse schon längst am eigenen Leibe gespürt hat. Die Hoffnung auf Verbesserung der Lebenshaltung ist ebenso aussichtslos wie ihre weitere maßlose Verteuerung sicher ist.

Nach der „Frankfurter Zeitung“ ist für Lebens- und Genussmittel am 6. August 1921 mit der Indexziffer 203 die höchste Preisstufe seit Januar 1920 erreicht. Sie übersteigt sogar die bisher im Dezember 1920 festgestellte Höchstziffer um 26 Punkte.

1. Febr. 20 1. Aug. 20 1. Dez. 20 2. Juli 21 6. Aug. 21
(119) (149) (177) (144,5) (203)



Auch der Gesamtindex für 77 verschiedene Waren hat mit der Ziffer 166 nicht den bisher höchsten Stand, wie wir ihn nach der „Frankfurter Zeitung“ im Juni 1920 hatten, erreicht.

Die Arbeitsgemeinschaften beim Arbeiterverrat.

Der Brotwucher schon im März beschlossen.

Der unerhörte Brotwucher, der angeblich auf eine schlechte Ernte in Deutschland zurückzuführen sei, ist schon im März dieses Jahres beschlossen worden.

Es bestätigt sich, was wir voraus sagten: die Brotverteuerung ist nur ein Teil von der großen Unternehmeroffensive, der Verelendungskampagne gegen die proletarischen Schichten.

Der kapitalistische Klassenstaat begünstigt nicht nur das schamlose Ausplündern der Arbeitermassen durch die Agrarier, sondern trägt noch dieses Schandsystem des methodischen Arbeitermordes durch eine schändliche Steuererhebung.

Aber noch viel ungeheuerlicher ist es, daß Arbeitervertreter, Gewerkschaftsführer von diesem Anschlag auf das Leben der arbeitenden Schichten gewußt haben, und daß sie nicht sofort das gesamte Proletariat zur Abwehr anriefen. Die unabhängige „Mannheimer Tribüne“ veröffentlicht folgendes Schriftstück, das schlagend unsere Anlagen gegen die Arbeitsgemeinschaftler bestätigt. Es lautet wörtlich:

Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Deutschlands.

Berlin, 12. Juli 1921.

An die Reichsarbeitsgemeinschaften!

Betrifft: Erhöhung des Brotpreises.

In der letzten Sitzung des Zentralvorstandes wurde darauf hingewiesen, daß im August d. J. durch die Änderungen der Getreidewirtschaft eine Erhöhung des Brotpreises eintreten würde. Der Zentralvorstand möchte aus diesem Anlaß nicht unterlassen, auf die Erklärung zu verweisen, die in der gleichen Angelegenheit am 1. April d. J. von Arbeitgeberseite angenommen worden ist, daß nämlich bei einer

Erhöhung des Brotpreises eine entsprechende Regelung der Löhne erfolgen müsse, wenn nicht durch eine tatsächliche einseitige Preissteigerung anderer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs bereits ein Ausgleich geschaffen worden sei.

Der Zentralvorstand:

Für die Arbeitgeber: gez. Hoff. Für die Arbeitnehmer: gez. Cohen.

Wir können uns ganz einverstanden erklären mit dem, was die unabhängige „Tribüne“ hierzu schreibt:

Aus diesem merkwürdigen Schreiben geht hervor, daß die Arbeitgeber der Arbeitsgemeinschaft schon Ende März d. J. gewußt haben, daß die Vertreter der auf die Brotpreiserhöhung durchsetzen würden! Die Arbeitgeber haben den Unternehmern durch ihre Abmachung, wie sie aus diesem Schriftstück hervorgeht, gewissermaßen eine Blankovollmacht ausgestellt, die den Industriellen volle Unterstützung der Brotpreiserhöhung freistellt. Und zu was haben sich die Unternehmer verpflichtet? — Wenn nicht schon durch Preissteigerung ein Ausgleich geschaffen ist, sollen die Löhne erhöht werden. Es ist ein Skandal, daß die Arbeitgeber ihr Einverständnis mit diesem Abmach wider besseres Wissen der Entlohnung zur Zeit des 1. April als angemessen angesprochen haben. Und wer führt den Nachweis, daß der Ausgleich nicht geschaffen wurde? Ihn führten die Stellen,

Genossen, helft Sowjetrußland!

Der Hunger der russischen Arbeiter und Bauern ist eure eigene Angelegenheit!

Dier Jahre hungert der russische Proletariat für euch. Helft ihm, weil ihn jetzt die Sonne hungern macht. Sammelt sofort und zahlt eure Sammlung bei der nächsten Postanstalt auf das Postcheckkonto Berlin 30 439 Hugo Eberlein, Berlin-Mariendorf, Ringstraße 82, ein.

in denen wiederum die Kapitalisten den überwiegenden Einfluß besitzen. Wenn sie überhaupt ein Steigen der Verteuerung anerkennen, wird ihr Spruch so ausfallen, daß selbst eine Lohnerhöhung, die diesem Spruch Rechnung trägt, durchaus keinen wirklichen Ausgleich gegenüber der Verteuerung bringen wird. Und schließlich die Lohnerhöhung selbst? Die Unternehmer werden auf Grund von Scheinbeweisen versuchen, ihr Unvermögen zu einer Lohnerhöhung darzutun. Und jeder Wenig Lohnzulage wird erkämpft werden müssen! — Ist das der „Erfolg“ der vielgerühmten Arbeitsgemeinschaften? — Gewerkschaftler! — Wollt ihr dieses Spiel noch länger mit ansehen?

Eine elendere Rolle, als die der Arbeitsgemeinschaftler, läßt sich für einen „Arbeiterführer“ wirklich nicht denken! Aber mit dieser Feststellung an sich ist noch nichts getan!

Wir nehmen die unabhängigen Arbeiter beim Wort, und nicht nur diese, sondern auch die letzten Proletariat, die sich ihr Brot in Lohnarbeit verdienen — mögen sie sich auch heute noch in irgendwelchen Parteien befinden — und verlangen von ihnen, daß sie diesen Unternehmerangriff beantworten mit einer Lohnbewegung auf der ganzen Linie. Für die Proletariat gibt es nur eins, unverfälschten Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem.

Die Einstellung der Elbschiffahrt.

Infolge des niedrigen Wasserstandes der Elbe sieht sich die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft genötigt, nachdem sie den Verkehr auf der Strecke Dresden-Miesitz eingestellt hat, nun auch in der Richtung Dresden-Schönbau den Verkehr vorläufig einzustellen.

Wiederaufnahme des Frankfurter KAD-Prozesses.

Am Dienstagmorgen wurden der KAD-Genosse Lehmann und die Genossin Simon auf neue Verhaftung und ins Gerichtsgefängnis gebracht. Die Begründung lautet: Wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu verhaften.

Wir protestieren gegen die neuerliche Verhaftung der Genossen, nachdem sie erst vor wenigen Tagen freigesprochen wurden. Wir fordern sofortige Haftentlassung.

Gegen das Kriegsverbrechen.

Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer hat bei der Internationales der Soldaten den Antrag gestellt, scheinunglos eine Konferenz der Führer der Kriegsteilnehmer aller Länder einzuberufen, die dazu dienen soll, alle, wo und unter welcher Fahne immer begangenen und gebuldeten Kriegsverbrechen aufzudecken und festzustellen. Zur Begründung wird angeführt, daß die bisherigen Einzelverhaftungen in den verschiedenen Ländern nur der nationalen Reaktion der Gegenseite von Nutzen gewesen wären, indem diese die Kriegsverbrechen der anderen als schützenden Mantel für die Untaten ihrer eigenen Militärs benutzten. Die geplante Aktion soll der Sammlung und der internationalen Veröffentlichung aller feststellbaren militärischen Verbrechen dienen. Die Antragsteller hoffen, damit die kommenden Generationen aller Völker gegen den Kriegswahn wirksam beeinflussen zu können.

Zweifellos ist die Ausübung der unendlichen Gräueltaten und Verbrechen, die die Militärs aller Länder auf dem Gewissen haben, ein verdienstvolles Werk. Sofern dieses aber nur auf bloße Gefühlswirkungen eingestellt wird, wird und muß es wirkungslos verpuffen. Wird dagegen das so gesammelte Material richtig angewandt, so kann es zu einem wirksamen Hebel werden, die Massen zu mobilisieren für den Sturz des Kapitalismus und Imperialismus, der wahren Ursache aller Kriege.

Eudendorff in Wilhelms Fußstapfen.

Der Deutsch-Amerikaner Dr. Logan, Präsident der Wissenschaftlichen und Wirtschaftlichen Vereinigung in New York, veranstaltete aus Anlaß der Feier des 50-jährigen Jubiläums der Gesellschaft eine Rundfrage: „Auf welche Weise können die Intellektuellen aller Länder zu einer wahrhaftigen Brüderlichkeit und Menschlichkeit beitragen?“ Unter den eingehenden Antworten befand sich auch eine von Eudendorff. Sie lautet:

„Seit dem Versailler Frieden, der unter Führung der Vereinigten Staaten geschlossen wurde, kann man von keinem Deutschen verlangen, daß er an Brüderlichkeit und Menschlichkeit glaube. Anstatt sich damit zu beschäftigen, sollten die Deutschen in den Vereinigten Staaten alles zur Stärkung des deutschen Nationalbewußtseins tun, damit es werde, wie zu Bismarcks Zeit. Bevor wir nicht wieder ein „Herrenvolk“ geworden sind, können wir nicht Brüder sein — andernfalls würden uns die härteren Brüder ins Bodenhorn jagen. ... Daß ich dann meinen Glauben wiederfinden werde, brauche ich wohl nicht zu sagen.“

Parteitage.

Die Vereinigte Kommunistische Partei hält ihren Parteitag bekanntlich am 22. August in Jena ab.

Die KPD hat ihren Parteitag zum 23. August nach Berlin einberufen.

Die Deutschnationalen haben sich in Bayreuth versammelt. Sie halten ihren Parteitag vom 1. bis 3. Dezember in München ab. U. a. werden Staatsminister Herzog und Helfferich sprechen. Weiter steht auf der Tagesordnung ein Referat über völkisch-nationale Erneuerung. Wahrscheinlich wird der Referent, ein Professor aus Erlangen, dabei die zahlreichen Terrorakte und politischen Morde an revolutionären Arbeitern als ein Zeichen dieser „völkischen Erneuerung“ preisen.

Der diesjährige Parteitag der Deutschen Volkspartei findet, nachdem der ursprünglich festgesetzte Termin wegen der Berliner Stadtverordnetenwahlen fallen gelassen wurde, nunmehr am 22. bis 25. Oktober in Stuttgart statt.

Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei findet vom 8. bis 10. Oktober in Köln statt. Es soll Bericht erstattet werden über die politische Lage und über die Politik der Reichstagsfraktion sowie über die auswärtige Politik und über das Erfüllungsproblem. Es folgt ein Referat über: Staatsleitung und Demokratie. Am Montag, den 10. Oktober, beginnen die Sitzungen mit einem Referat: Verfassungspolitik im demokratischen Staat (Beamte, Handwerk, Angestellte und Arbeiter).

Brot, Verteuerung und Revolution.

In der Zeit der wachsenden Verteuerung und der Hungersnöte ist es lehrreich, die Zustände in den Jahren der großen französischen Revolution zu vergleichen. Schon in den 1770er Jahren brachen in Frankreich zahlreiche Hungersaufstände aus. 1774 war die Ernte besonders schlecht gewesen, und im folgenden Jahre kam es zu Veränderungen, bei denen ein Stadtkommandant von Dijon jenes Wort sprach, das Volk solle doch Gras streifen. Die Aufständischen aus vielen Orten zogen zusammen nach Versailles, Ludwig XVI. erschien auf dem Balkon des Schlosses und versprach die Herabsetzung des Brotpreises um 2 Sous. Es blieb aber bei dem Versprechen, und die Hungrigen plünderten die Pariser Bäder. Das Militär brachte dann die kurrierenden Rügen zur Ruhe. Aber schon damals erschienen Drohschriften gegen den König, denn die Hungersnot war allgemein und chronisch, in den Städten wie auf dem Lande.

Ein Pariser Industriearbeiter verdiente in 14- oder 15-stündiger Arbeitszeit höchstens 30 Sous (der Sou galt im Frieden etwa 4 Pfennig). Das Pfund Brot kostete aber selbst in billigen Zeiten 3 Sous, während andere Nahrungsmittel daneben kaum in Betracht kamen. Fleisch schon gar nicht, die Kartoffel war noch unbekannt, und ebenso die meisten Gemüse.

Nach der Miskerte des Jahres 1788 stieg der Brotpreis auf 5 Sous, d. h. ein Arbeiter mit vierköpfiger Familie mußte über die Hälfte seines Tagelohnes nur für Brot aufwenden. Nun hatte aber die Miskerte und vollends der Beginn der politischen Unruhen oberden massenhaften Arbeiterentlassungen zur Folge. Auf die Miskerte folgte auch noch ein strenger Winter, und nun eilten die Bauern vom Lande bewaffnet in die Städte, oder sie zwangen die Bäcker und die wohlhabenden Landwirte, das Korn zu einem „anständigen Preise“ zu verkaufen. Man erbrach auch die Speicher der Anflüsterer und Kornhändler, und diese Dinge hatten zur Folge, daß vielfach die drückende Wehlfener abgeschafft wurde.

Katzen wurden die Miskerten weder die alleinige Ursache der Hungersnöte, noch waren sie ein reiner Zufall, eine Folge schlechter Witterung. Das primitive System des Ackerbaus lieferte einen dürftigen Ertrag und bereitete auf dem ausgeplünderten Boden immer schlechtere Ernten vor. Frankreich erntete damals selbst in guten Jahren höchstens 10 Zentner pro Hektar, gegen 30 bis 40 in Deutschland vor dem Weltkrieg. Der Zentner wurde auf dem Markte günstigen Falles

mit 9 Francs bezahlt, der Bauer bekam aber vom Käufer höchstens 5 Francs. Bei einem Grundstück von etwa 12 Hektar erzielte er also, wenn er es zur Hälfte mit Weizen bebaut, nur 60 Zentner, von denen aber die Hälfte noch dem Grundherrn gehörte. Von den übrigen 30 Zentnern verschlang der eigene Bedarf fast die Hälfte, und der Verkauf des Restes ergab dann höchstens 70 Francs, wenn man den Kirchengehnten noch abzog. Diese Vereinnahmung aber wurde durch die Abgaben aller Art fast gänzlich aufgezehrt, und man kann sich leicht ausmalen, wie es dann erst in den schlechten Jahren wurde.

Im Frühjahr 1789 war es, wie wir schon sahen, mit der Geburt der Bauern zu Ende. In der Provence kam es zu Revolten und die Berichte der Beamten sprachen es geradezu aus: „das Volk erklärt, es wolle nichts mehr bezahlen, keine Steuern, keine Abgaben und keine Schulden.“ Schon wurden die Schloßer hier und da geplündert, denn gegen Adel und Geistlichkeit war der Zorn des Volkes schon deshalb entbrannt, weil diese Stände über die Hälfte des Bodens vor den sehenden Augen der Bauern brach liegen ließen. Als man im Jura die Korntransporte plünderte, weigerten sich die Gerichte, gegen die Plünderer einzuschreiten, und die Offiziere wollten nicht auf das Volk schießen lassen. Seit dem März 1789 wurden überhaupt keine Steuern mehr gezahlt. Auch in der Umgebung von Paris griffen die Bauern zur Selbsthilfe, indem sie Häfen und Kanälen erlegten und in den Wäldern Holz schlugen. In der Hauptstadt selbst kam zu der Not noch die Arbeitslosigkeit. In den letzten Jahren war sehr viel gebaut worden — Paris hatte gegen 600 000 Einwohner — und der harte Winter aus 1789 schuf nun viele Tausende von notgedrungenen müßigen Bauhandwerkern. Zwar ließ die Stadtverwaltung Kostfahndarbeiten vornehmen, aber der höchste Tagelohn dabei betrug kaum 20 Sous, wofür man damals nur 4 Pfund Brot bekam, und außerdem fanden Zehntausende nicht einmal solche Arbeit, während vom Lande immer neue Scharen herbeiströmten.

Schon im April kam es zu der „Affaire Rebeillon“. Ein Fabrikant dieses Namens, selbst ein früherer Arbeiter, wurde ausgeplündert, das Militär griff ein, es kam zur Straßenschlacht, und 200 Arbeiterleben bedeckte das Pflaster. Freilich war dieser Überfall auf Proletariat ein ebenso schlechtes Mittel gegen die Verteuerung, wie die zahllosen Reformen des Ministers Reder. Reder hatte im September 1788 die Getreideausfuhr verboten und suchte die Einfuhr durch Prämien zu heben; aber die 70 Millionen, die dafür ausgegeben wurden, brachten die

Händler in die Tasche, indem sie das eingeführte Getreide heimlich immer wieder ausführen, um die Prämie nochmals zu verdienen. Zwar besaßte sich am 4. Juli 1789 auch die Nationalversammlung mit der Frage des Kornwuchers, aber die Sache verschwand schnell wieder von der Tagesordnung, weil zu viele Leute ein schlechtes Gewissen hatten. Am 10. Juli wurde ein Schlagbaum angezündet, so daß die Lebensmittel ohne Zahlung der Abgaben eingeführt werden konnten. Das Beispiel fand Nachahmung, und zugleich wurden Angriffe gegen die Steuereinnahmer, die Bäder und die Weinhändler unternommen. (Der Wein spielte in Frankreich auch damals schon die Rolle eines Volksgetränkes.) Aber nun verlangte das Volk nicht mehr bloß Nahrung. Der Ruf nach Waffen ertönte. 50 000 Witen wurde in diesen Tagen vor dem Bastilleurm hergestellt, und in den Straßen hielt man nachts die Bastionen an, um von ihnen Geld zum Ankauf von Pulver zu erlangen. Am 13. Juli wird das Kloster Saint-Lazare gestürmt, man führt 52 Karren mit Wehl, die von den Mönchen aufgespeichert waren, nach den Markthallen, wo sie verteilt werden. In der schwiegere Nacht bringt man in die Häuser der reichen Leute und holt Nahrungsmittel und Waffen heraus. Am 14. Juli wird die Bastille erobert, und es ist mit Recht gesagt worden, weit mehr der Hunger als die Freiheitsliebe habe das Volk zum Aufstand getrieben.

Aber von vornherein war es dem Volke nur beschieden, für die Bourgeoisie die Kaskanen aus dem Feuer zu holen. Die Hungersnot blieb und ist während der ganzen bürgerlichen Revolution kaum jemals aus den Städten verschwunden. Als z. B. im Oktober jene Frauenwalle vorfielen, bei denen in Paris ein Bäder durch alte Frauen getötet wurde, weil er einen Teil seines Vorrates für vornehme Kunden verpflegt hielt, erließ die Nationalversammlung ein Gesetz gegen — die Zusammenrottungen. Aberwärts setzte das Volk es wenigstens durch, daß die Brot- und Fleischpreise beschränkt wurden. Aber das Brot war darum nicht weniger selten.

Auf die Nachricht vom Bastillesturm hatte sich auch Straßburg erhoben. Das Rathaus wurde demoliert und die Steuerkasse geplündert. Der Magistrat setzte zwar den Brotpreis auf 2 Sous für das Pfund herab und verbot sogar den Bäckern, Kuchen und andere Lederbissen zu backen, aber die Kornpreise stiegen immer höher. Immerhin erreichte das Volk in manchen Kommunen schon damals eine Keuregelung der gesamten Steuerverhältnisse, lange bevor die Nationalversammlung zu einschneidenden Maßnahmen Zeit fand.

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten

Rüffel zum Kampf.

Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft, der wir in der Form, wie sie sich auswirkte, keine Träne nachweinen, und dadurch, daß das Reich den Milliardenzuwachs, den es gewährte, um den Brotpreis künstlich niedrig zu halten, auf Grund der zerrütteten Finanzwirtschaft nicht mehr gewähren kann, werden in der nächsten Woche die Brotpreise ganz bedeutend erhöht werden. Wenn auch die Großagrarier noch einen Teil des Brotgetreides zu einem niedrigeren Preise abgeben (sie werden Wege finden, um auch diese Vorfrist zu durchrechnen), so haben sie doch endlich das lang ersehnte Ziel, nämlich ihr Getreide zu Weltmarktpreisen abzusetzen, erreicht. Ja, die Preisnotierungen, die natürlich der Landbund möglichst lange der Öffentlichkeit vorenthalten will, geben schon über den Weltmarktpreis hinaus. Die Erhöhung des Brotpreises und die kommende Mehrbelastung durch alle möglichen neuen Steuern haben eine Bewegung unter der arbeitenden Bevölkerung hervorgerufen, die darauf hinausläuft, einen „Ausgleich“ herbeizuführen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist durch seine Mitglieder aus seiner lethargie aufgeschreckt worden und kündigt an, daß mit den gewerkschaftlichen Mitteln versucht werden müsse, das Proletariat vor weiterer Verelendung zu bewahren. Auch die sozialdemokratischen Zeitungen beginnen einzugehen, daß es jetzt gilt, den Anschlag nicht zu verlieren. Der Anschlag, den sie dabei gemacht haben, wird aber den Arbeiter noch lange vor einer allgemeinen, durchgreifenden Lohnbewegung abhalten. Die „Volkswacht“, um ein Beispiel anzuführen, will erst langsam und stetig die öffentliche Meinung von der Notwendigkeit der Lohnhöhe überzeugen. Auch die „Volkswacht“ anerkennt die Notwendigkeit des Anschlusses der Löhne an den Weltmarktpreis. Wir sind der Meinung, daß mit einer langwierigen Vorbereitung der öffentlichen Meinung den Arbeitern nicht gedient ist.

Es sind nicht nur die erhöhten Brotpreise und die kommenden Steuern, die die größte Masse der Bevölkerung bedrücken. Sie vor einigen Monaten einsetzende Verbilligung verschiedener Lebensmittel hat schon lange ein Ende gefunden. Fett, Butter, Margarine usw. sind innerhalb 6 Wochen um 50 Proz. teurer geworden. Gemüse, Obst sind im Verhältnis zum vorigen Jahre um 100 und mehr Prozent teurer. Die Unfähigkeit und die Machtlosigkeit der Regierungsschicht in bezug auf die Preisfestsetzung hat offen Schiffsbruch erlitten. Der Erzeugerpreis der Kartoffeln war auf dem Papier auf 60 M., der Kleinhandelspreis auf 50 M. festgesetzt. Trotzdem kostet jetzt ein Pfund Kartoffeln 1,10—1,20 M.

Es zeigt sich also klar und deutlich, daß die Theorie vom Preisabbau und dem darauf- oder vorangehenden Lohnabbau eine Illusion ist. Es steht fest, daß die breite Masse durch die Unentschlossenheit, durch das Zögern der gewerkschaftlichen Organisationen immer tiefer in das Elend gekommen ist.

Die Gefahr der Verzögerung besteht auch jetzt wieder. Es besteht vor allem die Gefahr, daß durch zerstückelte Lohnbewegungen die Schlagkraft des Proletariats vermindert wird. Diese Gefahr bedauern aber gerade die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokraten herauf, indem sie erst eine langwierige Aufklärungskampagne durchführen wollen, indem sie in lang sich hinziehenden Verhandlungen mit Regierung und Unternehmern einem entschlossenen Kampf auszuweichen versuchen.

Schon werden aus allen Teilen, auch der Provinz Schlesiens, Lohnkämpfe angekündigt. In Breslau haben die Damenkonjunktionsarbeiter vor dem Kampf. Die Arbeiter der Damenkonjunktionsarbeiter vor dem Kampf. Die Arbeiter der Damenkonjunktionsarbeiter vor dem Kampf.

Die Arbeiter haben die Schäden der Arbeitsgemeinschaftstaktik schon lange eingesehen. Es gilt, die Bürokraten zu zwingen, von ihrem bequemen Standpunkt abzugehen. Es darf nicht heute die und in acht Tagen eine andere Berufsgruppe abgekämpft werden. Es gilt, die Kräfte, die in den Gewerkschaften zusammengefaßt sind, zu mobilisieren.

In allen Orten, Industriebezirken und in der ganzen Provinz haben Besprechungen der wirtschaftlichen und politischen Vertrauensleute stattgefunden. Die Betriebsräte sind auf einem Kongress zusammenzubekommen.

Es gilt, in Betriebsversammlungen den bewußten ober unbewußten Drang und Willen der Arbeiter zum Kampf zu bündeln und zu stählen.

Alles dies darf aber nicht auf die lange Bank geschoben werden. Schnell und entschlossen muß gehandelt werden.

Die Arbeiter dürfen sich vor allem nicht zufrieden geben mit der Lohnhöhe, die sich „anpaßt an die erhöhten Brotpreise“. Diese Bewegung muß benutzt werden, um das große Defizit, das große Loch, das durch das dauernde Sinken des Reallohns in den Arbeiterhaushalt gerissen ist, auch nur einigermaßen zu stopfen.

Wir Kommunisten wissen, daß das Elend und die Not nicht beseitigt werden im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft. Wir wissen aber auch, daß es notwendig ist, daß soviel als möglich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft herausgeholt werden muß.

Nicht auf dem Wege des Verhandels wird die Bourgeoisie dem Arbeiter genügen. Sie können, wenn sie trotz der Abgaben an die Entente bestehen wollen, die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen.

Deshalb gilt es ohne Sentimentalität, ohne sich von dem Gerede des Wieheraufbaues Deutschlands beeinflussen zu lassen, zu rüsten zu einem rücksichtslosen wirtschaftlichen Kampf aller Arbeiterschichten.

Dieser Kampf darf nicht hinausgezögert werden um Monate.

Deshalb, Kommunisten, fordert überall Betriebsversammlungen, veranstaltet Zusammenkünfte aller Vertrauensleute, fordert den Betriebsrätekongress für Schlesien.

Fordert: Den Weltmarktpreis entsprechend Löhne — beseitigt dadurch die Schmutzkonurrenz der deutschen Arbeiter — beseitigt einen Teil eurer Not — erkennt durch einen entschlossenen Kampf eure Kraft, die euch jetzt macht später zu kämpfen um Höheres.

Kleine Anfragen.

Im „Deutschen Eisenbahner“ werden an die Eisenbahn-Direktion Breslau folgende Anfragen gestellt:

Wir richten die Anfrage an die E.-D. Breslau, wie sie es verantworten wird, daß die Doppelpfennigen in dieser Weise fortgeführt werden. Bei den Lohnempfängern hat man nicht soviel Federlesen gemacht. Wäre es nicht zweckmäßig, Arbeitslose an die Stellen zu setzen?

In der Jahrestausgabe Breslau-Oberort ist die Frau des Studienassessors Füllhaber beschäftigt. Im Hinblick auf ihre Schwangerschaft wurde sie drei Monate vor und zwei Monate nach ihrer Entbindung, also fünf Monate bei vollem Gehalt beurlaubt.

Frau Aulich, bei der E.-D. Breslau beschäftigt, krank seit Januar 1921, bezieht dauernd volles Gehalt. Ihr Mann ist Eisenbahnretireur bei der E.-D.

Frau Müller ist Betriebsassistentin, ihr Mann Eisenbahnoberleitender.

Hilf. A. K. Betriebsassistentin, krank seit Februar bei vollem Gehalt. Der Vater ist Eisenbahnretireur. Zwei Schwestern sind Beamtinnen bei der Post. Die Familie hat schätzungsweise ein Einkommen von 50 000 M.

Wir sind gewiß der Meinung, daß die Frauen nicht zum Zeitvertreib, trotzdem sie verheiratet sind, arbeiten gehen.

Bogegen wir uns wenden, ist, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen jeder Pfennig abgekauert wird, während Beamtinnen und Beamten bei Krankheit und bei Schwangerschaft das Gehalt auf Monate gezahlt wird. Was dem einen reicht, sei dem andern billig.

Zu besonders traurig fällt uns auch der Meinung, daß zur Unterbringung der Arbeitslosen sogenannte Doppelpfennigen möglichst verhindert werden.

Das ist unsere Aufgabe der Betriebsräte sein, hier eine gerechte Entscheidung herbeizuführen.

Aus dem Waldenburger Revier.

Szene um Irene.

Die „Vergewaltigung“ entnimmt dem christlichen Volksblatt einen Artikel, in dem mit tränenreichstem Auge die schöne Harmonie gepriesen wird, die im Gegensatz zu den freien

Gewerkschaften in den christlichen Gewerkschaften zwischen Führern und Mitgliedern besteht. An dem Gader in den freien Gewerkschaften seien nur die bösen Kommunisten und die nichtswürdige Klassenkampfpolitik schuld.

Die „Vergewaltigung“ hat natürlich nichts eifrigeres zu tun, als in das Gesicht der christlichen Nachbars unterzutauchen und feste mit gegen die + + + Kommunisten loszuprügeln. Die „Vergewaltigung“ meint, daß es höchste Zeit wäre, daß wieder Ruhe in die Gewerkschaften einzüge.

Wenn wir Kommunisten in den Gewerkschaften gegen die Bürokratie und die Einseitigkeit der Gewerkschaftsbeamten ankämpfen, dann deshalb, weil eben sie das innige Verhältnis zwischen Mitgliedern und Beamten, die ja die Beauftragten und Vollstrecker des Willens der Mitglieder sein sollen, herbeiführen wollen. Das Mißtrauen der Mitglieder gegen die Gewerkschaftsbürokratie rührt eben daher, weil nicht nur die Kommunisten, sondern der überwiegende Teil der Mitgliedschaft der Meinung und Überzeugung sind, daß wir eine Organisation haben müssen, die nicht wirtschaftsfriedlich dem Unternehmertum etwas abringen soll, sondern dem Charakter einer Klassenkampforganisation entsprechend sich einzustellen hat.

Wenn dem nicht so wäre, könnten wir ja alle zu den harmonischen Christen geben. Da sich aber ein großer Teil der freigewerkschaftlichen Führer den Methoden der christlichen bedenklich genähert hat, weil sie soviel Angst haben vor einer Anwendung des Massenstreiks und des Streiks überhaupt und weil sie ihren Einfluß benutzen, um die Mitgliedschaften auf den wirtschaftsfriedlichen Weg herüberzuziehen, deshalb bekämpfen wir diese Einstellung selbst auf die Gefahr, damit die Harmonie etwas zu flören.

Aus der Provinz

Sitzung des Bezirksausschusses der DAPD.

Letzten Sonntag tagte in Breslau der Bezirksausschuss unserer Partei. Nach dem Bericht des Delegierten zum Zentralausschuss erklärte der Ausschussmitglieder einstimmig, daß sie rücksichtslos auf dem Boden der Resolution der Zentrale stehen. Es kam besonders zum Ausdruck, daß bei Gewährung von Parteifreiheit in der Kritik, die Kritik innerhalb des Parteirahmens geschehen müsse. Insbesondere dürfe es nicht dazu kommen, daß sich innerhalb der Partei Gruppen bilden, die bei Sitzungen und Parteitagungen Sondertagungen abhalten.

Die Beschlüsse des 3. Weltkongresses müssen die Grundlage zu der kommenden Arbeit der Partei, zur Gewinnung des Proletariats und zum Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaft bilden.

Fauer. Bei der Firma Freiberg, Zigarrenfabrik in Fauer, herrschen miserable Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Arbeiterin setzte den SPD-Betriebsobmann ab und wählte eine Genossin von uns. Vom 20. bis 26. Juli streikte die Belegschaft, wegen Nichterhöhung der Akkordsätze bei schlechtem Material. Der Gauleiter Element vom Zigarrenarbeiterverband hatte nicht den Mut, zu verlangen, unsere Genossin bei der Verhandlung hinzuzuziehen. Daraufhin wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. „Begeh“ der einseitigen Arbeiterführers unwürdigen Haltung des Gauleiters schwoll der Firma der Kamm und sie setzte unsere Genossin, entgegen den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes, auf die Straße.

Die Belegschaft, mutlos und unsicher gemacht durch die feige Haltung der Gewerkschaft bei dem vorangegangenen Streik, tat nichts gegen die Entlassung. Die Entlassung der Belegschaftsauswahl erkennen die Unternehmer nicht an.

Arbeiter in den Landorten, erkennt, wie notwendig gerade bei euch ein geschlossenes Handeln notwendig ist, angesichts der Frechheit der Orgeles und der kommenden Lohnkämpfe.

Veranstaltungskalender

Görlich. DAPD-Mitgliederversammlung am Montag, den 15. August, abends 8 Uhr, im Rest. „Bismarckgarten“, Bismarckstraße. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Jannas. Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichshagen-Druckerei G. m. b. H. Berlin SW 48.

Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig-Berlin

Neuerscheinungen

Das Leunawerk Lehren aus der Märzaktion

Aus dem Inhalt: 1. Das deutsche Proletariat und der Bürgerkrieg. 2. Vorbedingungen und Ausbruch des mitteldeutschen Aufstandes. 3. Die bewaffnete Kämpfe. 4. Konnte der Aufstand siegen? 5. Das Leunawerk. 6. Banden oder organisierte Truppen.

32 Seiten. Preis 2 M.

Hölz' Ankünderede gegen die bürgerliche Gesellschaft

gehalten vor dem Moabit-Sondergericht am 22. Juni 1921 in Berlin / Nach dem stenographischen Bericht / Mit einem Vorwort von Felix Halle / 29 Seiten / Mark 2.—

Zu beziehen durch

Frankes Verlag G. m. b. H., Berlin SW, Rönneckerplatz 2
oder durch ...

Breslau

Kaiserbrücke

Tele. Ring 192

Zeitung
Angelus

Täglich 7 1/2

Das 25 Sensations-
nummern enthaltende

Wahre
**ZIRKUS-
Programm**

Abend um 8 Uhr
15 Uhr mit einer Pause um 12 Uhr
im Theaterhaus. Tele. Ring 192.

XXXXXXXXXXXX

Inserate in der
**Schlesischen
Arbeiter-Zeitung**

haben den
größten Erfolg!

XXXXXXXXXXXX

**BILLIGE
preiswerte MÖBEL**

Pol. Stuhl 400, Stühle 150,
Pol. Stuhl 550, Tisch mit
Marmor 360, Tisch 240,
Küchenschrank 25, Tisch-Schreibtisch
490, Tisch-Schreibtisch 300, Vertikal
300, Tisch-Schreibtisch 200, Bettstelle
mit Matratze 130, Schreibtisch,
gr. Zimmer-Spiegel, Säulen mit
Schwarz-Grünlack 800, Tisch-
stuhl mit Rücken 95 Mark.

H. Siegel, Berlinerstraße 23

Die besten u. billigsten Anzüge

vollständig auf Bestellung
Zweites Geschoss, im Erdgeschoss, bekommen Sie von
Nikolaistr. 48 a Haupt
in 121 eröffnen Herren-Bekleidungs-Geschäft
Gehe zu Besuch in folgenden, anderen Anzügen.
Inhaber: Hermann Partetzke

Geschlechtskranke!

Hilfe ist möglich! Auch in veralteten und verschleppten Fällen. Eigene bewährte Behandlungsmethoden, belehrende Broschüre mit zahlreichen Anerkennungen für jede der genannten Erkrankungen gegen 2.— Mark. Leiden genau angeben.

**Männerschwäche Syphilis Nervenleiden
Weißfluß**

Dr. Dammanns Heilanstalten

Berlin 399, Potsdamer Straße 123b
Sprechstunden 9—11, 3—6 Uhr, Sonntags 10—12

Sieben erschienen! Sieben erschienen!

G. Snowjew:

**Der Aufbau der Volkswirtschaft
und die Sowjetmacht.**

Preis 2 Mark. Preis 2 Mark.

Zu beziehen durch die
Verlagsbuchhandlung Carl Hays Nachf. L. Cahabey, Hamburg 11
und durch die Expedition „Der Stürmer“, Steffin, Rosenparken 12

Der Mostauer Weltkongress.

Diskussion über die Taktik.

Fortsetzung aus der Beilage vom Mittwoch, den 10. August.

(Hedert (Deutschland))

Genosse Hedert schildert die Entwicklung der KAPD. und die Kämpfe bis zur Märzaktion.

Run, Genossen, kam die Provokation von Göring. Er marschierte. Wenn dann die Kritiker sagen, und Levi behauptete es direkt, es bestand ein Zusammenhang mit der Sendung russischer Emissäre und der Provokation Göring. (Zwischenruf: Hör, Hör) ...

Ich weiß nicht, wie Levi das gemeint hat, aber vielleicht können seine Freunde dem Kongress klare Meinungen einbringen. Unsere Halleische Parteileitung hatte den Arbeitern erklärt: Aber die Parole wurde von einem Teil der Mannsfeldischen Arbeiter nicht befolgt und das ist begründlich, denn zwei Monate vorher hatten die Arbeiter dort in einer Abwehrbewegung gestanden, man hatte dort, ohne die Vertrauensleute oder gesetzlichen Betriebsräte zu fragen, eine Werkpolizei eingeführt, die Arbeiter wehrten sich dagegen und alle sagten: Bravo! Macht es ihnen nach! Da kam die Gewerkschaftsbürokratie und sagte, das ist ein wilder Streik.

Und den Mannsfelder Arbeitern, die erzwungen hatten, das ihnen der Lohn für die Streiktage bezahlt wird, ferner die Abschaffung der Werkpolizei, ihnen wurde mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie und des Bergarbeiterverbandes dreiviertel der Streiktage bei dem nächsten Jahrtag wieder abgezogen, und es wurden die Arbeiter so in allen ihren Hoffnungen getäuscht, daß die furchtbare Gährung in dem Gebiete vorhanden war. Sie wollten sofort zur Gegenaktion schreiten. Wir gingen zu ihnen und sagten, ihr dürft das nicht. Es ist der Gewerkschaftsbürokratie gelungen, einen Keil in euch hineinzutreiben; ihr werdet den Kampf nicht so führen können, wie vierzehn Tage vorher. Ihr müßt warten, bis eine andere günstige Gelegenheit kommt, die euch Arbeiter wieder verbindet. Aber Genossen, das soll es nicht, einer erregten Arbeiterschaft zu sagen: ihr dürft euch nicht provozieren lassen. Mehrere Male haben wir ihnen das gesagt, aber es nützte nichts, sie griffen zu den Waffen. Und Genossen, als die Mannsfelder Arbeiter in den Kampf zogen, geschah noch etwas anderes. Die gesamte bürgerliche Presse in Deutschland machte die ängstlichen sentimental Gemüter mobil; sie schrieben, die Kommunisten schneiden ihnen die Ohren ab, stechen ihnen die Augen aus dem Kopf. Die Genossen abgeschnitten von der Zentrale, die Verbindung herzustellen war nicht so schnell möglich — so standen wir, die deutsche Parteizentrale, am Gründonnerstag auf einmal vor der Tatsache, in Mannsfeld Kämpfe, in Hamburg Kämpfe und der weiße Terror wütet! Nun blieb uns nichts anderes übrig, als den Generalstreik, der uns ausgenötigt wurde, als Parole herauszugeben. Wir wußten, daß die Feiertage nahe waren, daß die Bewegung in einer schlechten Periode eingeleitet wurde. Aber eine Partei, die in eine solche Situation gedrängt wird, kann nicht sagen, es ist Opfer, laßt einstweilen die Genossen niedermetzeln. Hätten wir nicht den Generalstreik erklärt, wir hätten jeglichen Kredit bei der deutschen Arbeiterschaft verpielt, weil sie gesagt hätten — und mit Recht — daß ist eine Partei wie die SPD., die das Maul aufreißt, die aber nicht kämpfen will. Wie sind denn die Beziehungen in den einzelnen Bezirken? Die Genossen können das einfach nicht verstehen, vor allem unsere kommunistischen Genossen hätten es nicht verstehen können, wenn die Partei passiv geblieben wäre. Nun wird gesagt, die Bewegung ist ausgelebt worden dadurch, daß die „rote Fahne“ einen Artikel brachte, „Kahr pfeift auf das Geheiß, nehmt Euch die Waffen“. Ich will offen erklären, wir waren nicht alle erfreut, als dieser Artikel erschien. Und es ist wahr, die Genossen, die die ganzen Verhältnisse nur aus der „Roten Fahne“ kennen, werden einen schlechten Eindruck bekommen. Unsere Genossen sagten, es ist notwendig, daß ein Signal gegeben wird, daß die Arbeiter merken, was eigentlich los ist. Denn es handelt sich nicht nur um den Angriff Göring's, es sind ja noch Dinge in Oberschlesien, die ebenfalls zur Explosion führen können, und da ist so ein Alarm notwendig. Wenn darüber gestritten werden soll, ob dieser Artikel in dieser Situation gut war, oder nicht, ich glaube, darüber gibt es eine schnelle Verständigung in der deutschen Delegation und in der Deutschen Partei. Wenn aber gesagt wird, dieser Artikel ist Schuld an der Bewegung, so ist das nicht wahr. Auch ohne diesen Artikel wäre sie ausgebrochen. Aber so ist es ja bei den Kritiken der Bewegung, daß sie nicht die Ursachen dieser Bewegung herausarbeiten und nicht die Frage zur Diskussion stellen, was hätte die Partei tun sollen, sondern daß sie eine Anzahl Fehler, die in der Bewegung gemacht worden sind, kritisieren, Fehler, die die Partei schärfer kritisiert hat, als die Genossin Zetkin und ihre Freunde.

Nun, Genossen, unsere Kritiker in Deutschland, ich sagte es schon, bleiben bei den Fehlern stehen, die in der Bewegung gemacht worden sind. Die individuellen Terrorakte, die vorgekommen sind, und sich nicht als notwendige Kampfakte erklären lassen, sondern individuelle Akte zur Anregung oder zur Erzeugung einer Bewegung sind, wurden von uns scharf abgelehnt, wir haben das der KAPD. gesagt, das sind Dinge, die wir unter allen Umständen verurteilen, die wir nicht mitmachen. Damit kamen wir schon in den Kampftagen mit der KAPD. in die Schwierigkeiten und vor allen Dingen in den Tagen, als es die Lehren aus den Kämpfen zu ziehen galt. Die Genossen haben eine andere Theorie als wir. Wir glauben, daß sie nicht kommunistisch ist. Nun wird uns gesagt, die Kommunisten haben auch Fehler gemacht. Worauf stützt sich dieses? Auf Material, das von einem Pseudokommunisten, Düwiel, herausgegeben worden ist und das in der Sitzung des Parteiausschusses einer gründlichen Untersuchung unterzogen wurde. Als man den Genossen sagte, sie sollten mit ihrem Anlagematerial herauskommen, da schwiegen sie. Da war es Koenen, der es vorlegte, und der Parteiausschuß lachte nur über die Albernheiten, die darin standen, die durch nichts zu beweisen waren.

Nun kommen wir dazu, warum die Märzbewegung so viele Fehler machen mußte. Diese Fehler rühren nicht allein von der Unkenntnis her, die wir von den Geleiten der Bewegung hatten, von der Unfähigkeit der Zentrale, sondern sie liegen zum wesentlichen Teil in der Passivität der Elemente, die hier auf diesem Kongress die Opposition darstellten. Sie sabotierten ganz absichtlich. Sie sagten, das können wir mit unserem Gewissen nicht vereinbaren, und sie spielten sich auf als die großen Heiden. Sie konnten schon in der „Mostauer“ eine Erklärung bringen, in der sie sagen, daß es nicht angebracht ist, wenn man im Automobil vor Fabriken vorfährt. Als in Berlin der Generalstreik beschlossen wurde, da nahmen wir die Vertretung der Vertrauensleute in den Fabriken und wir baten die Genossen, die Kritiker geworden sind, zu kom-

men und ihre Meinung zu sagen. Der eine hatte dies, der andere jenes zu tun, nur Maßgabe ist mit hingegangen. In dieser Versammlung war es nicht die Berliner Zeitung, sondern einer der Opportunisten, der sagte, man müsse mit dem Knüttel in die Fabrik gehen und den Arbeiter auf das Haupt schlagen, wenn er nicht hinausginge. Da waren es wir, von der Zentrale, die erklärten, das dürft ihr nicht machen, das verbindet euch nicht mit den Massen, sondern isoliert euch von ihnen.

Diese Genossen haben zum Teil am Montag versucht, mit dem Knüttel in die Fabriken zu gehen, und da kam die Isolierung der Massen. Da war es die Genossenschaft, mit der Maßgabe und Neumann sich solidarisierten, die sagte, die Berliner Organisation habe eine Anweisung gegeben, mit dem Knüttel in die Versammlungen zu gehen. Sie halten vielleicht noch heute diese Blöße aufrecht. Ich stelle fest, die Zentrale der Partei verbot den Mitgliedern, derartigen Unfug zu machen, und nicht die Kritiker von späteren Tagen. Und das wird die Genossen auch interessieren: in der Zentrale der Partei saßen Anna Geier, Braß usw. und faßten die Generalstreikbeschlüsse mit. Aus Disziplin schwiegen sie in der Zentrale, aber dann gingen sie in den Bezirken und verunglimpften die Zentrale, die ihnen alle möglichen Attentate an. Es wurde vorgeeschlagen, die elektrische Fernleitung in dieser Bewegung zu zerschneiden. Da waren es Brandier und ich, die den Genossen erklärt hatten, daß es ein vollständiger Unfug sei, die Fernleitung zu zerschneiden, sie ist in zwei Stunden wieder in Ordnung gebracht. Und als uns mitgeteilt wurde, daß man in Bremen das Elektrizitätswert in die Luft sprengen wollte, haben wir gesagt, das dürft ihr nicht machen. Wir haben ein Telegramm nach Bremen geschickt, worin wir das unterlagerten, weil wir wußten, daß in einer Bewegung, in der die Massen nicht mit uns gehen, sie durch so etwas von uns abgezogen werden.

Paul Levi behauptet, er konnte keine Verbindung mit uns bekommen, und die anderen Kritiker sagten auch, sie hätten ihr Herz uns gegenüber nicht erleichtern können. Wir baten Düwiel, zu kommen, er kam nicht, sondern schrieb den bekannten Brief. Auch die anderen baten wir, sie kamen nicht. Sie kamen hinterdrein mit ihren schönen Bemerkungen. Paul Levi hätte zu uns kommen können, wenn er es gewollt hätte, aber er wollte es nicht. Es lag auf seinem Wege, daß wir abseits wandeln sollten, damit er uns den Stoß geben sollte, damit wir aus der kommunistischen Partei hinaus sollten. Nicht um eine kommunistische Politik zu machen, sondern um die Politik zu machen, von der er in Nr. 4 des „Somjetz“ schreibt, daß unser Weg der Weg ist, der in allen Konsequenzen fortgegangen werden muß. Wir haben sofort erklärt, es geht nicht an, daß man in dieser Situation die Bewegung nicht sachlich innerhalb der Organisation kritisiert. Was war geschehen? Am Mittwoch in der Aktion war es Levi gewesen, der nach Berlin kam mit einem Manifest in der Tasche, und Klara Zetkin hat es verhindert, daß dieses Manifest noch während der Bewegung erschien. Es war am Mittwoch und am Freitag wurde der Kampf abgebrochen. Ich weiß, daß Levi schon mit einigen Freunden Verbindung gesucht hatte, und daß diese sich aufmachten und mit dem Geiße der Partei in den Provinzen arbeiteten. Es war klar, daß sie in jenen Tagen in den Provinzen Gefinnungsgenossen fanden, wo alle Kommunisten von der Polizei und der Ordeß gehegt wurden.

Und in diesen Tagen, wo man das Manifest aus der Tasche genommen hatte, wo man damit die Partei retten wollte, weil das Kleinod in dem Sausfall beschmutzt war, wie es in der Broschüre heißt, da waren einige bedächtige Elemente schon in dem Kreis der Opponenten, die sahen, wohin der Weg geht. Es ist interessant, wenn wir uns auf diese Opponenten etwas beziehen, weil es hier nur gilt, in dieser Auseinandersetzung über die Märzaktion auch das Sachliche zu verhandeln. Als Levi in seiner Broschüre das Zahlenkünstliche richtig brachte, wir haben nur den 16. Teil bei den Wahlen bekommen, nur der 18. Teil ist unter kommunistischem Einfluß in den Gewerkschaften usw., da war es einer aus der Mitte der Opponenten, der sagte: bist hierher und nicht weiter. Wenn man überhaupt diesen revolutionären Kampf des Proletariats, der jetzt in Deutschland geführt worden ist, kritisieren will, muß man anderes Material bringen. Da muß man nicht solche Zahlenkünstlichkeiten machen. Und da wandte sich ein Teil der Genossen aus der Mitte dieser Opponenten und steht jetzt zu uns.

Die Genossen, die nachher sprechen werden und die die deutsche Opposition darstellen, sie sollen etwas von ihrem Verhalten in der Märzbewegung erzählen. Sie sollen nicht mehr so wie gestern auf allen Nebenstraßen wandeln, sie sollen mitten durch die Bewegung schreiten und sollen sagen, was sie getan haben, auch etwas von der Automobilfahrt vor den Fabriktoren, auch etwas von den Rundreisen in Deutschland, um in der Partei eine Front zu organisieren, um die anderen niederzumachen. Es wird dem Kongress sehr unangenehm sein, wenn die Genossen erzählen, wie sie sich aktiv und nützlich gemacht haben, wie sie einen Offensivgeist entwickelten. Wir waren auch nicht enttäuscht, als derartige kam. Wir kennen die Genossen, die in unserer Bewegung sind. Wir wissen, daß es einzelne Genossen gibt, die eine Rückenstütze brauchen, weil sie nicht imstande sind, in kritischer Situation klare Führer zu sein.

Genossin Zetkin! Ich muß einiges über Sie sagen. Sie wissen, daß Sie sich in den ersten Tagen nicht zum Spartakusbund gefunden haben. Sie wissen, daß Sie gesagt haben, als Sie nicht bei uns waren: Die Dummköpfe, eifelhafte Beschüsse; Ihr Name verbietet Ihnen, heranzutreten mitzumachen, und Sie haben sich später mit uns solidarisiert, wenn Sie auch solche Schwankungen gehabt haben, — und ich glaube das, weil Sie schon wieder auf dem Wege sind, sich mit uns zu solidarisieren und von Paul Levi abzuschwenken, nachdem Sie hier auf diesem Kongress so gesprochen haben. Und vielleicht denken Sie darüber etwas nach. Wir hätten in Deutschland die Märzbewegung mehr kritisiert, wie es geschehen ist, aber wenn wir gegen die Genossen auftraten, was geschah da? Sie provozieren sofort eine neue Kalamität in der Partei. Wenn wir dem „Verein der Erklärer“ sagten, schreibt einen Artikel und beweist, daß es ein bahnärztlicher Putsch war. ...

Maßgabe: Sie wurden abgelehnt.

Hedert: Sie wurden nicht abgelehnt. Ich stelle hiermit fest, daß, als die Erklärung erschienen ist, daß der Märzaufruf ein bahnärztlicher Putsch war, dem Genossen Maßgabe erklärt wurde, er solle das im Namen der Reichsgewerkschaftszentrale beweisen. Er hat diesen Artikel nicht geschrieben und er konnte diesen Artikel nicht schreiben, weil er nicht wußte, was Bahnärztum ist. (Heiterkeit und Applaus.) Was machte uns Paul Levi für einen Spaß. Er schrieb — als wir erklärten, sein Mandat ist ungültig, die Partei erkennt es ihm ab — dem Reichspräsidenten einen Brief: er lege sein Mandat nicht wieder ...

sagte nicht, daß er es aus freien Stücken nicht tut, sondern seine Freunde hätten ihm dazu geraten. Die kommunistische Partei Deutschlands wurde zu einem Gaudium vor dem Reichstag der Bürgerlichen.

Genossin Klara Zetkin, man sagt, Sie seien persönlich zu dem Präsidenten hingegangen und hätten gesagt, Sie würden auch Ihr Mandat nicht niederlegen.

Genossin Zetkin (unterbrechend): Das beruht auf einer falschen Information. Ich will das gleich hier feststellen. Mir war mitgeteilt worden, die Beisitzer hätten auf dem Parteibüro eine ganze Reihe Dokumente und auch unsere Erklärung gefunden. Da bin ich zum Präsidenten des Reichstags gegangen und habe gesagt: Wenn irgend wer, der nicht bekannt ist, diese Erklärung vorlegt, dann sollte sie mir erst vorgelegt werden, damit ich anerkenne, ob sie von der Partei herrührt oder nicht.

Genosse Hedert (fortfahrend): Wenn es nicht so ist, wie das Gerücht lautet, ist es gut. Aber es ist eine Tatsache, daß Paul Levi erklärt hat, daß er sein Mandat nur niederlege im Einverständnis seiner acht Freunde. Und als der Wahlkreis Chemnitz erklärte, du bist nicht mehr unser Abgeordneter, da betraf er sich auf seine acht Freunde, wie er sich in Frankfurt am Main auf seine acht Freunde berief, die hinter seiner Broschüre standen. Lesen Sie die Erklärungen, da solidarisiert man sich immer wieder mit Paul Levi und immer wieder wird der Parteizentrale der Weg verratelt, die Märzaktion zu kritisieren. Und das ist das Schlimme von der Genossin Zetkin, daß sie ihren internationalen Namen benutzte, um Levi und seiner Freunde Disziplinbrecherei und Verräterei an der Deutschen kommunistischen Partei zu bedecken. (Lebhafte Rufe.) Das ist das Schlimme. Ich behaupte, Genossen, ohne Klara Zetkin wäre Levi nicht den Weg gewandelt, ohne Klara Zetkin hätte es keine Erklärungen gegeben und ohne Klara Zetkin wären wir nicht auf dieser internationalen Kongressagung erschienen als Angeklagte, denn dann würden wir mit den Dokumenten unserer Partei und mit den Zeitungsausschnitten, die wir geschrieben hätten, beweisen dürfen, daß wir aus der Märzaktion gelernt haben, wo die Fehler sind. Denn wir haben durchaus nicht die Absicht, unsere Fehler zu verheimlichen, wir wollen unsere Fehler erkennen, die Ursachen ergründen, damit die Genossen in allen anderen Ländern nicht solche Dummdheiten machen wie wir. Diesen Weg zu gehen zum Nutzen der kommunistischen Partei Deutschlands hat uns Levi mit Absicht verweigert und diesen Weg zu gehen gegen uns hat ihm Klara Zetkin erleichtert. Und nun erwarten wir von den Opponenten hier in dieser Versammlung eine sachliche Kritik unserer Aktion, und ein Bekenntnis zu dem, was sie getan haben. Sie sollen ihr Tun rechtfertigen, alles, auch daß sie Levi ausgehegt haben, diese Broschüre herauszugeben, denn er hat es in Frankfurt am Main öffentlich behauptet, daß sie ihn veranlaßt haben, entgegen dem Willen der Partei, sein Mandat zu behalten. Er sagt öffentlich, er würde es nur niederlegen, wenn seine acht Freunde es wollen. Wir bitten den Kongress, zu verhindern, daß diese Genossen wie die Kasse um den heißen Brei herumgehen. Sie sollen Rede und Antwort stehen, wie wir Rede und Antwort stehen werden. (Lebhafte Beifall und Applaus.)

Gen. Maßgabe (deutsche Opposition):

Wie sah die Situation in Deutschland unmittelbar vor der Märzaktion aus? Als wir auf dem Vereinigungsparteitag als Spartakusbund und linke USP. zusammenkamen, haben wir zwar ein erhebendes Gefühl gehabt und haben uns festerlich verpflichtet im Interesse der Revolution alle Kräfte anzustrengen und alles zu tun, was die Dinge vorwärts treiben kann. Wir, von der Opposition — man hat verhindert, daß andere Genossen hierhergekommen sind, als Neumann und ich — wir sind Mitglieder der Reichsgewerkschaftszentrale, einer Unterabteilung der Parteizentrale, die die gesamte Gewerkschaftsarbeit im Reich zu erledigen hat. (Zuruf: Das ist charakteristisch.) Wir als Vertreter der Reichsgewerkschaftszentrale sind in den Bezirken Deutschlands unterwegs gewesen, um den Gewerkschaftsbürokraten in Konferenzen und Versammlungen entgegenzutreten, andererseits, um unsere Gewerkschaftsfunktionären, Betriebsräten usw. Anweisungen für ihre Arbeit zu geben. Sie können erkennen, daß wir so in enger Verbindung mit den Funktionären in den Betrieben standen, und daß wir ein Urteil abgeben können. Sie werden wissen, daß die Genossen leider zwei Seelen in ihrer Brust haben. In den Demonstrationenversammlungen sind sie begeistert, aber in den Betrieben sehen sie die Dinge viel realer an, weil sie vor die Schwierigkeiten gestellt werden. Der Aufbau der Partei, die Verschmelzung der beiden Gruppen Spartakusbund und USP., und die geistige Einräumung hat viele Schwierigkeiten verursacht. Es war aber doch möglich, besonders durch die Arbeit in den Gewerkschaften und Betrieben vor der Märzaktion einen gewissen Einfluß zu gewinnen. Beigetragen hat dazu die Offensivität der Unternehmung, die durch Provokation einzelne Betriebe in Streiks, Ausperrungen usw. trieben, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Demnach trat die KAPD. mit dem Offenen Brief an die Parteien und anderen Organisationen heran. Dieser Offene Brief, in Verbindung mit der Parole der Einheitsfront der Arbeiter und Angestellten gegenüber der Generaloffensive der Unternehmung hat uns das Vertrauen der Arbeiterklasse erworben. Der beste Maßstab, wie weit der Einfluß in den Gewerkschaften steht, ist der, daß die Gewerkschaftsbürokraten ihre Machtpositionen bedroht sahen und mit Entlassung von Angestellten und Ausschüssen der Kommunisten vorgehen. Das alles hat uns nicht geschadet, sondern trug dazu bei, das Ansehen und den Einfluß der Partei zu stärken. Die Gewerkschaftsbürokratie mußte sich mehr und mehr erlaben. Auch die Streiks und Ausperrungen in Hamburg und in den Farbwerken in Leberhausen trugen dazu bei, die Gewerkschaftsbürokratie, die an die Arbeitsgemeinschaft gebunden war, zu offenem Verrat zu bringen. Deshalb stieg unser Einfluß, obwohl der Parteiparat noch nicht funktionierte. Wir haben auch bei den Preußenwahlen, obwohl wir sie nicht zur Mandatsübertragung benutzten, sondern mit der Parole der Aktivierung der Massen in den Wahlkampf eintraten zu verzeichnen, daß wir ein und einviertel Millionen Stimmen vereinigten und somit die USP. um 250 Tausend überflügeln. Nun sagt Hedert mit Recht, daß sich die innerwirtschaftlichen Konflikte mehr und mehr zuspitzen. Er schilderte die Provokationen in der Industrie, das Anschwellen des Arbeitslosenheeres. Die Bergarbeiter hatten das Uebereinstimmungsabkommen gekündigt. Wir hatten unseren ganzen Apparat eingestellt, um die Bergarbeiter in ihrem Kampf weiterzutreiben. Auch in der Metallindustrie kam es zu heftigen Konflikten, weil auch dort die Unternehmung die Lage nicht erhalten wollten. Ferner Konflikte in Mitteldeutschland

ungefähr sechs Wochen vor der Märzaktion, die Bewegung der Handarbeiter in Pommern und Ostpreußen. Alle diese wirtschaftlichen Konflikte bildeten sich heraus. Es machte sich in Deutschland eine günstige Situation für uns geltend. Hinzu kam die außenpolitische Zuspitzung, das Pariser Diktat, die Besetzung Dänemarks, die Entwaffnungsgeschichte usw., so daß man sagen kann, daß sich der Horizont mit Konfliktsstoff schwängerte.

Und nun, Genossen, fanden wir auf dem Standpunkt, daß in einem solchen Moment, wo sich zwei Machtfaktoren, die Bourgeoisie mit ihren konterrevolutionären Helfershelfern und das Proletariat, geführt von der KPD, gegenüberstanden, die Zentrale der Partei die Dinge genau beobachten mußte, wie ein Generalstab. (Friesland: Wir werden Dich zum Vorliegenden ernennen.) Das kann Friesland besser. Dann ist es natürlich notwendig zu beobachten, daß auch die Regierung, das ausführende Organ der deutschen Bourgeoisie mit ihren Trabanten Hörsing und Severing genau die Dinge sich entwickeln lassen. Auch sie sah, daß, wenn diese Konflikte zur Zusammenballung kämen, die Geschichte nicht mehr zu halten war. Und darum wurde von Hörsing und Severing der Plan gefaßt, den Einmarsch in Mitteldeutschland zu vollziehen, eine bewußte Provokation, um die Konflikte gerade in Mitteldeutschland vorzeitig zur Entladung zu bringen. Wir haben einen diesbezüglichen Fall in Deutschland schon einmal gehabt. Ich erinnere an die Januarlampen 1919, wo man durch Befestigung des Polizeipräsidenten Eichhorn die Berliner Arbeiterschaft ebenfalls in Kämpfe trieb, um den Kampf damals in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet nicht zusammenfallen zu lassen. Und nebenher liefen nun die Dinge; 5 Mitglieder schieden aus der Zentrale aus, der 17. März brachte die Zentralauschussung, und dort kam die bekannte theoretische Einstellung der sogenannten Offensiv. (Zuruf: Was hat ihr dagegen gesagt?) Genossen, ich komme noch darauf. Da kam diese Sitzung und jeder, der in der Sitzung war der konnte aus dem Referat Brandlers alles und gar nichts machen, wie es ihm beliebte.

Genossen! Wenn wir die Auswirkungen der Aktion betrachten, da sehen die Dinge so aus, daß wir durch die Kämpfe als Partei leider das Vertrauen der Arbeiter verloren haben. Schon während der Kämpfe trat es in fast allen Industriebezirken, wo gekämpft wurde, in Erscheinung, daß Arbeiter gegen Arbeiter kämpften. Und, Genossen, weiter war es natürlich, daß das aktive Arbeiterelement, die Funktionäre in den Betrieben, entlassen wurden. Und die nicht entlassen wurden, nahmen auf Grund dieser falschen Einstellung, auf Grund dieser ganzen Vorkommnisse eine passive Haltung in den Betrieben ein, so daß wir unsere Stützpunkte in den Betrieben verloren haben. Diese Situation nutzte die Gewerkschaftsbürokratie, die Dittmann und Graßmann, aus, um nun erst recht den Kampf gegen die Kommunisten aufzunehmen. Und, Genossen, die Folge davon war, daß man hätte erwarten müssen, wenn schon die Partei mittelbar nach der Aktion geradezu vor einem Wirtswart, einer Auflösung stand, daß dann wenigstens die Zentrale die Möglichkeiten, die Geschichte einzudämmen, geschaffen hätte. Habt ihr nicht selbst die Schreibweise der „Roten Fahne“ beurteilt? Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, war ein Wirtswart geschaffen, wo wir wirklich alle Verantwortung hatten, diese Dinge zu beseitigen, und alles zu tun, um die Partei und die Bewegung wieder auf eine vernünftige Basis zu bringen. (Zuruf: Durch Ihre Erklärung!) Und darin, was Genosse Nabel in seinem Referat über die Märzaktion sagte, hat er voll und ganz unsere Kritik bestätigt. (Nabel: Das ist nicht wahr!) Es ist interessant, daß Sie sagen, daß ich nicht wahr; dann nehmen Sie allerdings eine eigenwillige Erklärung ein, und Sie können bei dem Kongreß durch diesen Zwischenruf in der Achtung nicht mehr steigen. Sie haben die falsche Einstellung so beurteilt, wie wir sie beurteilt haben, und als wir damals eine Konferenz mit Ihnen hatten, als wir in Moskau ankamen, da haben Sie erklärt: Ja, wohl, so beurteilen wir die Dinge auch. Und wenn Sie heute nicht den Mut haben, zu den Dingen zu stehen, dann werden Sie uns, bitte, nicht Feigheit vor, sondern nehmen Sie sich ihrer eigenen Feigheit an. (Nabel: Unverschämtheit, ich werde mit Ihnen nicht mehr diskutieren.) Sie haben uns vorgeworfen, wir finden zu schwer den Übergang von der Propaganda zur Aktion. Sie haben uns bei dem Gedanken da mit einem Robert Dittmann oder Graßmann verglichen. Die Dinge stehen aber so, daß gerade wir, die wir von der oppositionellen Gruppe vertreten sind, in dem Kampfe während des Krieges und in den Kämpfen nach der Novemberrevolution an der Spitze gestanden haben. (Nabel: Und wo waren Sie während der Revolution und bei den Januarlampen 1919?) Da war ich in dem Aktionsausschuß, wurde nach den Januarlampen eingezogen und bin nach Thorn gekommen. Und wenn Sie es genau wissen wollen: Von dort bin ich, als ich mir die erste Gelegenheit bot, desertiert, um mich sofort wieder in die ersten Reihen des Proletariats zu stellen. Mit diesen Sachen können Sie bei uns keinen Eindruck erwecken. Die hier vertreten sind, Nalaja und Neumann, sind keine theoretischen Heberhauer, sondern ihre Vergangenheit liegt offen wie ein Buch da, und sie haben während des Krieges, im Bollzugsrat, in den Betriebsräten voll und ganz ihren Mann gestanden. Wir haben allen Respekt, ein erhabenes Gefühl gehabt, als wir auf diesen Weltkongreß gekommen sind. Und wenn Genosse Sinowjew sagte, die Freundschaft zur Dritten Internationale muß bei uns härter sein, als bei Levi, dann sage ich: Jawohl, die Freundschaft zur Dritten Internationale ist 10 Mal größer, als zu irgendeiner Person. Wir sind mit dem Willen hierhergekommen, für die Deutsche Partei das Fundament zu schaffen, um zu einer großen revolutionären Bewegung zu kommen. (Zustimmung.)

Bei uns liegen die Dinge nun so. Wie sich die Verhältnisse in Deutschland entwickeln, glauben wir, daß wir durch die gemeinsame Arbeit, durch den Kampf diese Differenzen, die bestehen, ausmerzen können auf Grund der sich jetzt immer mehr und mehr zusammenballenden Konflikte durch die Unternehmertumskrise. Denn ich glaube nicht, daß trotz aller Dinge, die vorgebracht wurden, bei uns in Deutschland die Sache lang hinausgeschoben werden kann. Ich bin der Auffassung, daß die Maßnahmen der Unternehmener immer schärfer in Erscheinung treten, daß wir in wenigen Monaten vielleicht schon gezwungen sind, durch unsere Vorbereitungen den Kampf auf der ganzen Linie vorzunehmen, wenn die Arbeiterschaft nicht verstanden ist. Die Dinge liegen so, daß durch die jetzigen deutschen Parteiverhältnisse die Arbeiterschaft so eingeschüchtert ist, daß es uns nur durch ganz intensive Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften möglich ist, sie von dem unheilvollen Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie ideologisch und organisatorisch zu befreien. Ich sage, die Ausführungen des Genossen Nabel verheißt ich und unterhalte sie in der Beziehung, daß wir als Kommunisten uns niemals von der Masse lösen dürfen, sondern versuchen müssen, in enger Zusammenarbeit mit der Masse das Vertrauen derselben zu gewinnen. Das kann aber nicht geschehen, wenn wir unsere Parteibühne zu Majestäten über kritischen besetzen, wenn eine Partei die andere jagt. (Zuruf: Aber die Erläuterungen!) Wenn auf die Gewerkschaftsbürokratie fortgesetzt in dieser Weise geschimpft wird. Dadurch werden wir die Arbeiter, die noch nicht die politische Einsicht haben, durch ein diese Führer. Wir müssen durch eine aktive Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften die Arbeiter für uns zu gewinnen suchen. Ich wünsche nur, daß die Hauptpartei, die Spitzpartei, wie sie bisher in unserer Partei eingestrichen ist, aufhört, daß die anderen Theoretiker Nalaja, Sinowjew, Friesland und

mitkommen würden in die Gewerkschaftsversammlungen, den Dittmannern mal entgegenzutreten müßten, dann würden sie von ihrem krankhaften Zustande, ob hier Opportunisten, ob dort Opportunisten, befreit werden. Das ist ja geradezu zu einer Krankheit innerhalb unseres Parteilebens geworden. Darum sagen wir, mit der Einstellung und dem Wissen und Willen sind wir hierhergekommen: Soll die deutsche Parteibewegung, soll die kommunistische Bewegung gesunden, dann können wir uns nur durch die Arbeit und durch den Kampf zusammenschließen. (Zuruf: Wenn ihr babet seib, ja!)

Genossen, ich sagte schon, daß wir nach Moskau kamen mit einem wirklichen, proletarischen Empfinden, mit erhabenem Gefühl. Wir haben die Dinge gesehen und wir sehen auch die Schattenseiten hier in Rußland. Wir sind bestrebt, die deutsche Revolution so schnell wie möglich vorwärts zu treiben, damit wir unseren russischen Brüdern helfen können. Aber ich frage, ist denn derjenige, der als Maulheld dieses Parteiorgan immer mehr zu Auseinandersetzungen zwischen Führern und Führern benutzt — ein richtiger Führer? Nein, diese Art führt die Arbeiter ab. Wir wollen diese Zustände innerhalb unserer Partei beseitigen. Wir haben die beste Absicht und ich möchte nicht, daß der Ton, den Sedert angeschlagen hat, fortgesetzt wird. Wir haben unsere Stellung dargelegt. Die Genossen, die nach mir sprechen, werden auf die Einzelheiten, die Sedert vorgebracht hat, eingehen. Aber ich wolle den Vorwurf, daß wir Sabotage getrieben haben, ganz entschieden zurück. Wir wollen das Beste und wir bitten den Kongreß: Helfen Sie uns, in Deutschland vernünftige Zustände zu schaffen. (Beifall!)

Gen. Friesland (KPD.):

Es ist zu begrüßen, daß die Genossen Neumann, Zetkin, Frank und Nalaja in ihrem heutigen Änderungsantrag den Weg der sogenannten Verständigung zu beschreiten sich offenbar angeschlossen. Ich lese mit Freude in diesem Änderungsantrag Ausführungen, die absolut dem widersprechen, was bei uns in Deutschland eine große Rolle gespielt und zur Verwirrung der Sektionen der Internationale beigetragen hat. Die Genossen erklären, sie wünschen sich einer Verständigung zu kommen. Sie sagen, die Thesen des Gen. Nabel seien eine geeignete Grundlage. Das ist möglich. Die Änderungsanträge, die wir stellen, sind Änderungsanträge zu einzelnen Punkten, die schärfer herausgearbeitet werden sollen. Aber, Genossen, wenn ihr eine Verständigung wollt, ihr könnt sie sehr leicht und billig haben. Erklärungen habt ihr doch wirklich sehr viele gemacht, in Erklärungen habt ihr euch wahrhaftig als Meister gezeigt. Warum sagt ihr auf diesem Kongreß nicht klar und deutlich und mit dem Mut, den wir von euch verlangen müssen, ja, wohl, wir haben im Verlauf dieser Parteidiskussionen einen schweren Fehler gemacht, wir haben den Fehler gemacht, daß wir im Verlauf dieser Diskussion nicht auf dem Boden der Partei blieben, sondern daß wir uns solidarisierten mit Seiten, die außerhalb der Partei die Waffen gegen die Partei geführt haben. Warum sagt ihr nicht klar und deutlich, daß es unsere Aufgabe ist, die Kräfte der Partei zu sammeln, die Partei wieder neu zusammenzuführen und zu neuen Kämpfen zu rufen? Jetzt in Moskau — findet ihr, daß es kein bahumistischer Putz war; in Moskau findet ihr, daß die Partei mutig den Kampf aufgenommen hat; in Moskau findet ihr, daß die Aktion ein Schritt vorwärts war.

Warum wollt ihr nicht so ehrlich sein, in Moskau auch zu finden, daß ihr in der entscheidenden Stunde der deutschen kommunistischen Bewegung einen schweren Fehler gemacht habt! Und wenn ihr davon sprecht, daß die kommunistische Bewegung in Deutschland an Einfluß verloren habe, so sagen wir, davon kann keine Rede sein. Wir haben bei den deutschen Arbeitermassen nicht an Einfluß verloren, sondern unser Einfluß ist von Tag zu Tag im Steigen, trotz der Fehler, trotz der bergigsten Kampagne, die ihr geführt habt, obwohl ihr überall die Arbeitermassen davon abgehalten habt, zu neuen Kämpfen zu rufen; trotzdem steigt die Verbindung der kommunistischen Partei mit den Arbeitermassen.

Es kommt uns nicht darauf an, daß diese Genossen hinterher noch einmal 24 Bedingungen und Thesen unterschreiben, uns kommt es darauf an, daß in der kommunistischen Bewegung sich alle Elemente auf den Boden der Partei stellen, und das nicht mit Worten, sondern mit Taten. Und nur diese Genossen haben das Recht, uns die Fehler vorzutueren, die gemacht worden sind. (Zustimmung.) Wir glauben, daß nur eine solche Partei imstande ist, die Mehrheit des Proletariats zu gewinnen. Und wenn hier eine Diskussion war über die Mehrheit des Proletariats, niemand ist so naiv, zu sagen, wir brauchen die Mehrheit des Proletariats nicht. Das wollten wir schon zu Beginn der Revolution. Das Problem ist, wie die Mehrheit des Proletariats zu gewinnen ist. Darüber ist nicht gesprochen worden.

Und eine Partei, die Mitglieder gewinnen und Propaganda machen muß und revolutionäre Phrasen drischt, das haben die Arbeiter von der KPD mehr als einmal erlebt. Und wenn unsere Partei die Mehrheit des Proletariats sich erwerben will, dann muß sie zeigen, daß sie entschlossen ist, in jeder Situation für die Interessen des gesamten Proletariats einzutreten. Und darum ist es von uns keine Rechthaber, wenn wir auf diesem Kongreß so hartnäckig darauf bestehen, daß diejenigen Genossen, die in verschiedenen Fragen anderer Ansicht waren, klipp und klar erklären, daß sie diese Politik der Parteizentralisierung nicht mehr mitmachen, daß sie mit der Vergangenheit brechen. Das ist für uns nicht Rechthaber, sondern das ist das entscheidende Problem der Revolution gewesen. Und sie können vielleicht sagen, wir sind Federjäger und ihr seid einfache Arbeiter. Wir können darauf antworten, wir Federjäger brüllen das Empfinden der Arbeitermassen besser an, als ihr einfache Arbeiter, die ihr die Verbindung mit der Arbeiterschaft vollständig verloren habt. Wir erwarten von dem Kongreß, daß er sich in dieser Frage absolut auf unserem Boden stellen wird. (Lebhafte Beifall!)

Gen. Neumann (Opposition der KPD.): Und wenn sie sagen, wir haben jetzt in Moskau erklärt, daß der Kampf ein Schritt vorwärts war, Genosse Nabel, ich habe verschiedene Abhandlungen von Rosa Luxemburg gelesen; sie stand auf dem Standpunkt, daß jeder Kampf der Arbeiter ein Schritt vorwärts sein kann, weil er nämlich den Kampfgeist weckt. (Nabel: Warum haben Sie das vergessen?) Aber wenn man sagt, die ganze Märzaktion war ein Schritt vorwärts, dann sage ich nein. (Zuruf: Da steht in unserem Änderungsantrag die Märzaktion als „Kampf“ und nicht die „gemeine“ Märzaktion.) Ja, Genossen, das ist und bleibt ein Unterschied. Ich sage, die Märzaktion als Ganzes betrachtet, sie besteht nicht nur aus Kampf, sie besteht aus Einleitung, Durchführung, Abbruch. Es war kein Schritt vorwärts, sondern ein Rückfall. Genosse Nabel, ich bin auch nur ein einfacher Prolet, keiner von den berühmten Theoretikern, wie wir sie in Berlin haben, und dessen hervorragender Vertreter, Genosse Nalaja, ja hier ist. Ich betrachte alles das juristische und revolutionäre Standpunkt und da sage ich nochmals: Die Märzaktion als Schritt bedeutet einen Schritt vorwärts, als Gesamtheit einen verhängnisvollen Fehler.

Genossen, jetzt komme ich kurz zur Frage der Zukunft. Gen. Nalaja hat gerade hier erklärt, daß der Übergang zum Sozialismus die Situation in Deutschland zuspitzt, weil die Ausprägung der Sozialisten die deutschen Unternehmener zwingt, eine ungeheure Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter durch Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit vorzunehmen, wodurch wir noch mehr Arbeitslose bekommen werden usw. Da hat die kommunistische Partei die Aufgabe, diese sich zuspitzende Situation zu beseitigen und uns wieder auf den Boden zu bringen.

die Massen vorwärts zu treiben, und sagt, wie Genosse Nalaja sagt und worüber wir oft gestritten haben, jede Bewegung vorwärts zu treiben; sondern wir sagen: möglichst jede Bewegung. Aber wenn wir das wollen, dann müssen wir versuchen, die Industriezentren zentral in den Kampf zu bringen und die Gewerkschaftsbürokratie vorwärts zu treiben, soweit es in unserer Kraft steht. Aber wenn diese Arbeit geschehen werden soll, dann ist es notwendig, daß wir mit einem klaren grundsätzlichen Programm nach Hause fahren. Dazu ist es notwendig, daß dieser persönliche Kampf innerhalb der Partei, diese persönliche Unterbleibt. Und ich sage, wenn Nalaja und ich hierher gekommen sind, so gehört schon ein gewisser Mut dazu, hier vor dem Kongreß seinen Standpunkt zu vertreten, wenn man weiß, daß die gesamte deutsche Delegation ihre Beziehungen ausnützt und versucht wird, uns ins Unrecht zu setzen. (Lärm.) Aber wir haben uns gefreut, daß die Vertreter der Exekutive erkannt haben, worum es sich dreht, so daß wir sagen können, daß das Referat des Genossen Nabel im Allgemeinen der Situation in Deutschland entspricht, auch das Referat des Genossen Trocki, die Reden der Genossen Lenin und Sinowjew. Und, Genosse Nabel, wenn Sie Ihr gestriges Referat am 17. April in Deutschland gehalten hätten, dann hätte es die Broschüre Levis nicht gegeben. Aber man hat uns überall als Verbrecher bezeichnet, die nicht kämpfen wollen. Ich erkläre jedem Genossen, der hier noch einmal auftritt mit der Behauptung, wir wollten und wollen nicht kämpfen, ohne den Beweis für die Behauptung zu erbringen, für einen elenden Verleumder. Und wenn man hier Däumig ansührt, ja Genosse Nabel, der Brief von Däumig ist unterschrieben von Däumig, und der Brief von Neumann würde unterschrieben sein von Neumann. Aber Genosse Däumig wird seinen Brief beantworten. Mit dem Briefschreiben ist es eine heisse Sache, denn ich habe auch keine Kontrolle darüber, was Genosse Friesland nach Moskau schreibt. Man soll die Briefe verteiligen lassen von denjenigen, die sie geschrieben haben und nicht von uns. Wenn es gelingt, die ganze Parteimitiere und diese Zustände aus der Welt zu schaffen und wenn wir die Partei kampfbereit machen können, so soll uns das freuen. Wir werden abwarten und arbeiten und verlangen das von jedem andern auch. (Beifall!)

Gen. Thalheimer:

Dann zur Änderung der Thesen. Genosse Lenin ist mit der Energie, die wir an ihm bewundern, gegen die Thesen losgegangen, aber ich hatte den Eindruck, er habe mit großer Macht offene Türen eingehtan. Der allgemeine Standpunkt der deutschen Delegation ist der, daß wir mit der Grundtendenz der Thesen einverstanden sind. Das brüht sich schon darin aus, daß wir keine besonderen Gegenthesen eingebracht haben. Wir sind aber der Meinung, daß in einer Reihe von Fällen die Abwägung, das Schwergewicht verlegt werden muß, und zwar so, daß das Schwergewicht zwischen rechts und links zugunsten von links verlegt werden muß, weil wir keine ernsthafte linke Gefahr in der Internationale sehen. Genosse Lenin hat ausgedrückt, mit Rechts haben wir abgerechnet, man treibt weiter seinen Sport im Kampfe gegen Rechts, es ist Zeit, ein anderes Kapitel anzufangen. Leider sind wir mit Rechts noch nicht fertig. Wir sind noch nicht einmal in der russischen Partei so weit.

Die Gesamtlage in der Internationale ist so und wird wahrscheinlich noch so bleiben, daß sowohl gegen rechte opportunistische Abirungen wie gegen linke Abirungen dauernd zu kämpfen sein wird. Die Frage ist, wo die größere und wo die geringere Gefahr ist. Genosse Lenin hat angeführt: Wir haben den Ausschluß Levis gebilligt, das ist eine politische Tatsache. Serrati steht außerhalb der Internationale, und das ist auch eine politische Tatsache. Wir haben der KPD ein befristetes Ultimatum gestellt, und auch das ist eine politische Tatsache. Und wir haben in der italienischen Bewegung die antiparlamentaristische Strömung beslegt, und das ist schließlich auch eine politische Tatsache. Wir kommen zu dem Schluß, daß die Gefahr von links nicht besonders hoch sein kann.

Dann die Grundtendenz der Änderungen, die wir beantragen. Genosse Lenin hat als Grundtendenz herausgehoben, daß wir Bedenken haben gegen die Auffassung, daß große revolutionäre Massenparteien zu bilden seien und daß die Mehrheit der Arbeiterklasse, alle arbeitenden Schichten, für den Kommunismus sein müssen, um den Ansturm gegen die bürgerliche Gesellschaft zu wagen. So liegen die Dinge aber nicht.

Die Auffassung, die die Deutsche Partei programmatisch vertritt und die sie praktisch vertreten hat, kann ich vielleicht ausführen, wie sie selbsteigentlich schon im Programm des Spartakusbundes. Ich will diesen Abschnitt verlesen. Im Programm des Spartakusbundes, Ende 1918, hieß es: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Forderungen, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“ Also, wir haben von vornherein nie programmatisch gegen die Stellung angefaßt, wir haben praktisch bewiesen, daß wir durchaus den Standpunkt teilen, der hier im Spartakusprogramm vertreten ist. Wir haben die Fassung kritisiert aus der Erwägung heraus, aus der Befürchtung heraus, daß diese Fassung opportunistischen Elementen Gelegenheit geben wird, eine rein zahlenmäßige Auffassung, eine rein statistische Auffassung über die Möglichkeiten des Kampfes zu entwickeln. Deshalb haben wir vorgeschlagen, „Mehrheit“ wegzunehmen und statt dessen zu setzen „Arbeiterklasse“ schlichtweg. Was befagt das? Es ist nicht weniger, sondern bedeutet mehr als die Hälfte der Arbeiterklasse. Und nun eine andere Stelle. Im Passus, der die Tschechoslowakei betrifft, haben wir nicht herausgestrichen, daß die Partei die Aufgabe hätte, noch größere Massen an sich heranzuziehen, sondern auch hier haben wir versucht, die Geschichte zu verlegen, eine Umstellung zu vollziehen, zu sagen, die Partei hat auch diese Aufgabe, aber sie hat vor allen Dingen die Aufgabe, die großen Massen, die sie hinter sich hat, kommunistisch zu schulen, propagandistisch auf sie zu wirken, sie in die kommenden Kämpfe hineinzuführen.

Das ist die Gesamtaufassung, die unseren Änderungen zu Grunde liegt, eine Gesamtaufassung, die unserer Ansicht nach Berücksichtigung verdient, die berücksichtigt werden muß, wenn, wie es der Fall ist, eine Reihe von Parteien, eine Reihe von Delegationen sich uns anschließen. Der Genosse Lenin hat ganz richtig gesagt, die Thesen, wie sie vorliegen, sind ein Kompromiß, auf der Ebene des Kommunismus natürlich. Nun kommen eine Reihe weiterer Kräfte, die die Linie nicht aus der Ebene herausheben, sondern ihr eine Drehung geben wollen in dieser Ebene. Ich glaube deshalb, daß dieses Kräfteverhältnis im Endresultat unbedingt berücksichtigt werden muß. (Lebhafte Beifall!)

Warum. Wie uns von einigen Organisationen mitgeteilt wird, bietet sich ein gewisser Punkt als „objektiver Bericht“ über die Zustände in Sowjetrußland an. In einigen Fällen hat er darum erucht, als Korrekturen gegen die Berichtspunkte vom Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale anzutreten zu können. Wir stellen fest, daß dieser Punkt, der von der Berliner „Freiheit“ als ihr Genosse rekrutiert wird, im vorigen Jahre tatsächlich in Rußland gewesen ist, sich dort als politischer Flüchtling und rehabilitierter Kommunist auszeichnet, die Sozialdemokratie der Sowjetregierung erheblich in Anspruch nahm, aber nach seiner Rückkehr sich plötzlich als Antisowjetbeweis entpuppte. Wir waren unsere Genossen vor diesem Hintergrund.